

Elberfeld.
ard Balder.
375.
ag:
ung (gelb A)
Hängef. b.
Antonia Filke.
gold
Wagner.
Gew. Preile.
in Barmen.
trag: 2 Trittel.
Hj
Hter Maas.
ne
terper in vier
Vorging.
Uhr.
och,
Naturgeilfunde.
anden:
den 9-11 Mär.
den 3-5 Mär.
p. 9-10 Mär.
rferber. 9 I.
r!
s
res
sser
ldes.
endes.
endes
1.
erstapfung
sigkeit.
ung ect.
ie Patentf.
f. z. hinterl.)
Altenm. 6-8.
cke Morian.
Johannis-
dorf 34, K.
strasse 114.
g. Friedrich-
richstr. 5.
Buchenau.
Klotzbau 30
l-Drogen-
Hauptdepot:
handlungen.
e und
ransporte
t und blüht
ch.
he 25.
llfildch
foster Saue.
d 15 Wfg.
1.50 Wfg.
3 Wfg.
fchreier: Göl. Alth.
isee",
str. 5.
nd
gekommen,
bbraun auf den
hrend.
er Belohnung.
wird gewarnt.
und der Name:
melmann.
Pohler. 7.
rling
Büreau ober
fucht, ferner ca.
rbeiter
m. d. d. d. d. d.
he Schuh-
rik.
& Comp.
in
eldorf.
Clarenberg.
rgilichste Warte.
rand. 100 St. 60
f. 5.50, en gros
frei Haus
chmidt,
entfchert. 644.

Freie Presse.

Organ für das werktätige Volk von Rheinland und Westfalen.

Nebst Sonntags-Beilage „Die Neue Welt.“

Ercheint jeden Nachmittags außer Sonntags.
Abonnementspreis: 1.80 M. pro Quartal, 60 M. pro Monat in
Elberfeld-Barmen, bei den auswärtigen Agenturen 70 M.
Bei der Post unter Nr. 2543 2 Mark pro Quartal.
Einzel-Exemplar 10 M.

Haupt-Expedition und Redaktion:
Elberfeld, kleine Postbahn Nr. 10.
Filial-Expedition:
Barmen, Altenmarkt 6.
Telegraphen-Adresse: Freipress Elberfeld.

Anzeigen: Die 7spaltige Beilage 15 M. Arbeits- und Stellen-
geschäfte 10 M.
Reklamen werden nicht aufgenommen.
Erhöhte Annoncen-Kaufträge erbitten wir einen Tag vor Erscheinen
der betreffenden Ausgabe, letztere bis 10 Uhr Vormittags.

Nr. 59.

Elberfeld-Barmen, Freitag, den 11. März 1898.

14. Jahrg.

Die Politik des russischen Jarenthums.

Die auswärtige Politik gleicht zur Zeit wieder einem großen Herentzettel. Überall brodeln und kochen es und außer den diplomatischen Hermentzettelern weiß Niemand, was da zurecht gebracht wird. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas und Spanien stehen sich so gegenüber, daß nach frühem Begriffen ein Krieg unvermeidlich ist; im Orient toben die Wirren weiter, doch der Schwerpunkt der gesamten auswärtigen Politik liegt zur Zeit in Asien.

Es ist nun außerordentlich wichtig, die Stellung zu beobachten, welche Rußland bei der ganzen Sache einnimmt, und wie alle Staaten nach dem Jaren sehen, wie er sich raupert und wie er spuckt. Sicher wäre um und über Asien längt der Weltkrieg entbrannt, wenn nicht alle Mächte vor dem absolut ungewissen Schicksal ihrer selbst schauderten. Die ungelieblichen militärischen Rüstungen haben sie dahin gebracht, daß ihnen vor ihrer eigenen Gottähnlichkeit bange wird.

Die Annexion von Gifas-Vorbringen hat Frankreich in die Arme Rußlands getrieben und Österreich in die Arme Deutschlands. Durch letztere Thatsache wurde die russische Politik im Orient ja allerdings etwas geändert, aber im Grunde genommen hat der Jaren stets mit der mitteleuropäischen Mächten Schach gespielt; er hat sie für seine Zwecke gerade so gebraucht, wie es ihm paßte und es ist geradezu fabelhaft, wie sich die mitteleuropäischen Regierungen seit über 100 Jahren fortgesetzt den Intrigen der russischen Diplomaten zum Opfer hingaben. Das Ziel der Jaren war seit jener Zeit, die unbedingte Herrschaft über ganz Europa und Asien zu erlangen. Darunter wieder spielt die Eroberung des Eingangs zum schwarzen Meere die Hauptrolle.

Ein Krieg, wobei Österreich und Deutschland gegen Frankreich und Rußland kämpften, schneidet den ganzen Westen von der russischen Korngut zur Hand ab. Alle Länder des Westens aber leben nur durch Korngut vom Ausland. Diese könnte also nur zur See erfolgen und England's Heerflotte über die See — die es behalten wird, auch wenn Deutschland noch mehr Flottenpläne macht, — erlaubt ihm, sowohl Frankreich wie Deutschland diese Zufuhr abzuschneiden, also jenes wie dieses auszuhungern, wie es ihm gerade gefällt. Um Konstantinopel zu kämpfen in einem Weltkrieg, in dem England den Ausschlag gibt, das wird sich Rußland ein für allemal büten.

Daß die Allianz des russischen Absolutismus mit der französischen Republik nur Mittel zum Zweck für den Jaren ist, bedarf keiner Frage. Rußland thut alles, um die Monarchie in Frankreich wiederherzustellen; es hat z. B. Boulanger dazu 15 Millionen Francs zur Verfügung gestellt, und was augenblicklich vorgeht — wer weiß es?

Andere wird durch die Einwickelung der Verhältnisse Rußland seine auswärtige Politik doch immer mehr erschweren, und in denselben Maße verliert der Jarenthum in Rußland an Boden. Was zur Zeit darüber die an Händen und Füßen gekettete russische Presse schreibt, darauf ist nichts zu geben. Die wirtschaftliche Entwicklung verwerflich Rußland zusehends; die große Industrie, die Eisenbahnen, die Verwertung aller Naturalien in Geldanlagen und damit die Aufzucht

der alten Grundlagen der Gesellschaft entwickeln sich mit steigender Geschwindigkeit. Es bilden sich Oppositionsparteien, und die russische Diplomatie steht mit Entsetzen den Tag kommen, an dem das russische Volk ein Wort mitzusprechen wird und die Gerechtigkeit seiner inneren Angelegenheiten wird ihm dann Zeit und Lust nehmen, sich mit solchen Kinderreien zu beschäftigen wie die Eroberung der Welt Herrschaft.

Außer den oben bezeichneten Fragen wird die europäische Lage beherrscht durch den in allen Ländern immer heftiger entbrennenden Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die sozialistische Bewegung ist auch in Rußland nicht spurlos vorübergegangen. Vielfache Streiks der letzten Jahre, eine früher in Rußland unbekannte Erscheinung, zeigen, daß die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erwacht sind. „Die ganze Gefahr eines Weltkrieges verschwindet an dem Tage“, so sagt Friedrich Engels, „wo eine Wendung der Dinge in Rußland dem russischen Volke erlaubt, durch die traditionelle Eroberungspolitik seiner Jaren einen tiefen Strich zu machen, und sich mit seinen eigenen, aus äußerlich gefährdeten inneren Lebensinteressen zu beschäftigen, statt mit Welt Herrschaftsphantasien.“

Dann verliert Deutschland alle die Bundesgenossen gegen Frankreich, die die russische Bedrohung ihnen in die Arme getrieben hat. Weder Österreich noch Italien haben dann noch das geringste Interesse, Deutschland die Kostanten aus dem Feuer eines europäischen Krieges kampfes zu holen. Das deutsche Reich fällt zurück in die Stellung, wo, wie Moltke sagt, Jedermann es fürchtet und Niemand es liebt, wie es das unvermeidliche Resultat seiner Politik ist. Dann würde auch die gegenseitige Annäherung des am seine Freiheit ringenden Rußlands und des republikanischen Frankreichs der Lage beider Länder entsprechen. Deutschland würde in seiner isolierten Stellung wahrheitsgemäß alles thun, einen aufständigen und dauernden Ausgleich mit Frankreich zu suchen, kurz die auf allen Völkern wie ein Alp lastende und die zum Verfall bringende Kriegsgefahr wäre beseitigt und Europa könnte a b rüsten.

Frankreich würde aus seiner unnatürlichen Stellung, worin es durch die Allianz mit dem Jaren gekommen ist, befreit. Wenn der gebildete und ungebildete Mob in Paris auch heute in den Gassen hoch Rußland ruft, im entscheidenden Augenblick wird das vernünftige Frankreich anders denken. Man denke sich einen Krieg an der Seite des Jaren, in dem Frankreich eine Niederlage erleiden würde. Das französische Volk könnte dann nicht einmal von seinem großen, wirksamen Mittel von 1793 und 1871 Gebrauch machen. Im Fall einer direkt revolutionären Propaganda würde der Jaren sofort auf die Seite seiner Feinde treten, da er in diesem Falle für seinen eigenen Thron fürchten müßte.

Die Allianz mit dem Jaren ist also keine Stärkung Frankreichs, im Gegenteil: im Moment der höchsten Gefahr hält sie sein Schwert in der Scheide fest. Steht aber in Rußland an Stelle des mächtigen Jaren eine russische Nationalversammlung, dann fördert diese Allianz die revolutionäre Bewegung in Frankreich, statt sie zu hemmen, dann ist sie ein Gewinn für das um seine Emancipation kämpfende europäische Proletariat. Durch alle diese Sachen ist die mitteleuropäische Arbeiter-

partei außerordentlich interessiert am Sieg der russischen revolutionären Partei und am Sturz des zarischen Absolutismus. Europa gleitet wie auf einer schiefen Ebene mit wachsender Geschwindigkeit abwärts entweder dem Abgrund des Weltkrieges oder der Auflösung durch den Militarismus entgegen. Nur Eins kann hier Halt gebieten: ein vollständiger Systemwechsel in Rußland.

Die Parität in der Budgetkommission.

g. Berlin, 9. März.

Es ist interessant zu beobachten, wie sich das Centrum gegenwärtig fühlt. Es hat wohl oder übel der Notwendigkeit mit der in ihr liegenden Beschränkung des Etatsbudgets zustimmen müssen; es suchte nur noch das Decorum zu wahren durch die Forderung der Reichseinkommensteuer zur Deckung der Kosten; es wird aber auch diese Position in geordnetem Maß zurück räumen müssen. Es befindet sich eben in einer eigentümlichen Zwischstellung: bewilligt es alles in Rausch und Bogen, so verliert es vielleicht die Sympathien einiger Wähler, riskiert sogar eine Forderung seines radikalen Flügels; bringt es die Vorlage zu Fall, so liefert es der Regierung eine famose Wahlparole, läßt einen neuen Kartellvertrag entstehen und verliert seine jetzige ausschlaggebende Stellung, in der einzig seine Bedeutung beruht. Durch all diese Verlegenheiten sucht es nun mit geräuschloser Eleganz sich hindurchzuschlagen. Es will in aller Stille der Regierung geben, was der Regierung ist, den Frieden im Innern aber dadurch wahren, daß es alle Getreuen auf das allen gemeinsame theuerste Gut hinweist, daß es sie um das Banner der katholischen Kirche führt. Und da man nicht durch bloße Selbstverteidigung die Gemüther entflammen kann, sondern nur durch müthige Offensive, so markieren die Centrumsvorsteher jetzt wieder die oeclesia militans, indem sie einen Vorstoß gegen die evangelische Kirche wagen. So hat jetzt in der Kommission der Abg. Vögler, der sich durch seinen unermüdlichen, wenn auch auf der Tribüne unbeherrschten Kampf für die Sonntagsruhe bekannt gemacht hat, gegen eine ganze Reihe von Forderungen zum Bau evangelischer oder Simultan-Kirchen opponiert. Von letzteren bemerkt er etwas hochmüthig, sie seien für Katholiken „unbrauchbar“, von ersteren jagte er etwas provokatorisch, es liege für sie kein Bedürfnis vor. Man solle statt dessen katholische Kirchen bauen; das sei durchaus „unangenehm“. Nun, es wird wohl dem Centrum gelingen, auch diesmal das drohende Unheil von sich zu wenden. Der so oft prophezeieter Jerfall des Centrums wird diesmal so wenig wie sonst Wahrheit werden; und die bürgerlichen Parteien, die sich schon als lauernde Erben fühlten, werden mit langen Gesichtern abziehen müssen. Erst die unerlöschliche ökonomische Nothwendigkeit wird das Centrum zerreissen, wird die katholischen Arbeiter zu Sozialdemokraten machen. Und in diesem Sinne kann man vielleicht sagen: Das Ende des Centrums ist das Ende der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt.

Deutscher Reichstag.

gn. Berlin, 9. März.

58. Sitzung.

Der Präsident von Bülow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Niemand.

Die vor zwei Wochen begonnene erste Beratung der von dem Abg. Dr. Schneider (fr. Vp.) und Dr. Vögler (Centr.) beantragten Gesetzesentwürfe auf Ver-

„Ja, kannst du oder kannst du nicht, Dir? — antworte mir!“

„Aber Frau Städt, ob ich kann, behüte der Himmel, darüber wollte ich gerade mit Ihnen reden, meine Tochter, die Liebste!“

„Aber du hast ja dein Sparfläschchen. Du hast doch nicht alles herausgenommen?“

„Jeden Schilling, Frau! Sie können es ja selbst nachrechnen. Es standen sechzig Thaler auf dem Buch, und die habe ich Ihnen bis auf den letzten Heller geliehen.“

„Das ist unmöglich!“ rief Lea. „Ich soll dir sechzig Thaler schuldig sein!“ fügte sie mit Achdruck hinzu. „Du mußt dich irren, Dine!“

„Nein“, erwiderte sie scharf und gekränkt über den Widerspruch, „Dine irrt sich niemals, rechnen Sie nur nach!“

Sie zählte an den Fingern.

„Erst bekamen Sie zehn Thaler, dann zwanzig, dann fünf, dann zehn und das letzte Mal fünfzehn. Das macht zusammen sechzig. Ist das richtig, he?“

Sie stemmte die Arme majestätisch in die Seite, Lea mußte einräumen, daß sie recht hatte, und sie um Entschuldigung bitten.

„Aber was ich Ihnen sagen wollte, Frau, ist, daß meine Tochter Liebste sich nun verheirathen soll — ja, gewiß soll sie das, und obendrein mit einem anständigen Mann. Er ist Schuhmacher und hat sein gutes Einkommen, wie man sagt Sie wird glücklicher, als ihre Mutter, soviel ich weiß.“

„Ja Sie wissen ja, Frau, was für ein Unglück mir widerfuhr, als ich jung war. Wäre es gegangen, wie es sollte, dann sähe ich nun als ehrliche Frau in meiner eigenen Stube, anstatt bei fremden Leuten mein Brod zu verdienen. Dieser abscheuliche falsche Mensch! Ken, wenn ich

lehung der Korporationsrechte an Berufsvereine wird fortgesetzt, nachdem vorher ein schleimiger Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung eines gegen den Abg. Schmidt (Frankfurt (Odh.) schwebenden Privatklageverfahrens angenommen war.

Abg. Seb. Oehl zu Herrnsheim (alb.) erklärt sich gegen die Anträge. Zulässig seien nur Berufsvereine, wie sie die kaiserlichen Heeresverlässe vorschlagen, obligatorische Organisationen, denen Unternehmer und Arbeiter gemeinsam angehörten. Nur solche gemeinsame Organisationen könnten den sozialen Frieden fördern, Streiks verhüten und die Arbeitslosigkeit einschränken. Die einseitigen Organisationen schaden den Arbeitern selbst, wie der letzte englische Maschinenbauarbeiter geleitet hat. Die Sozialdemokratie versteht unter Coalitionsfreiheit den Coalitionszwang. Sie erhofft und will von den Gewerkschaften die Ausbildung von Rekruten für den gewerkschaftlichen Kampf. Die Ausnutzung der Gewerkschaften zu politischen Agitationszwecken muß verhindert werden. (Beifall bei den National Liberalen.)

Abg. von Elm (Odh.): Wenn dem Centrum an der Verhinderung des Korporationsrechtes an die Berufsvereine wirklich etwas liegen würde, dann hätte es bei der Verabreichung des Bürgerlichen Gesetzbuches die Macht dazu gehabt. Die Regierung hatte einwilligen müssen, da ihr an dem Zustandekommen des Bürgerl. Gesetzbuches viel lag. Das Centrum sollte also jetzt eine bedeutsamere Sprache führen. Der Grundgedanke dieser Anträge ist uns außerst sympathisch. Es ist dagegen eingewendet worden, für die Arbeitgeber sei kein Bedürfnis nach einem solchen Gesetz vorhanden, es hätte nur Bedeutung für die Arbeiter. Demgegenüber muß auf die Wirkung des französischen Gesetzes über die Berufsvereine verwiesen werden. Dort haben sich auf Grund dieses Gesetzes eine große Anzahl von Unternehmerverbänden gebildet, die eine größere Anzahl Mitglieder umfassen, als die Arbeiterverbände. Ferner wird gegen die Anträge eingewendet, wir bräuchten ein solches Gesetz bei uns nicht, weil hier die sozialpolitische Gesetzgebung hinlänglich für die Arbeiter gesorgt habe. Was hat die sozialpolitische Gesetzgebung aber geleistet? Die Krankenkassen zahlen so geringe Unterstufungen, daß die Arbeiter selbst Zuschüsse leisten gezwungen haben; auch eine ganze Reihe von Gewerkschaften zahlen solche Zuschüsse. Dann die Altersrente. 90 Prozent der Arbeiter werden überhaupt nicht 70 Jahre alt, für sie ist diese noch dazu unzureichende Rente von 33 1/2 Pfennig pro Tag gar nicht vorhanden. Aus diesem Grunde zahlen auch die Gewerkschaften keine Altersrente. Auch die Invalidenrente genügt so wenig, daß einige Gewerkschaften von sich aus Unterstufungen einführen mußten. Meist noch die Unfallversicherung, die gleichfalls ungenügend ist. Den Gewerkschaften ist die Kürzung der großen Zahl der Arbeitslosen überlassen, für die der Staat nicht sorgt. Eine große Zahl Gewerkschaften zahlen Arbeitslosen-Unterstützung in Form von Arbeitsunterstützung für beschäftigungslose, auf der Wandererschaft begriffene Arbeiter, einige gewähren auch den Arbeitslosen am Ort Unterstützung. Kolossal sind die Leistungen der englischen Gewerkschaften. Während 5 Jahre haben sie über 47 Millionen Mark für Arbeitslose ausgegeben, über 39 Millionen für Kranke, über 13 Millionen für Invaliden, über 12 Millionen bei Todesfällen und über 8 Millionen für sonstige Unterstufungen. Für Streiks haben sie in diesem Zeitraum etwas über 29 Millionen verausgabt, also keine 20 Prozent der Gesamtunterstufungen. Wie sieht es damit in Deutschland, wo im Ganzen ungefähr 1/2 Million Arbeiter organisiert sind gegen 1 1/2 Million in England. In Deutschland sind im Ganzen in Gewerkschaften organisiert an 550 000 Arbeiter. Dazu kommen noch die evangelischen und katholischen Arbeitervereine, in denen es freilich eine Menge Nicht-Arbeiter gibt. Das Vermögen dieser deutschen Vereine betrug im Jahre 1896 etwa 3 Millionen Mark. Für Unterstufungen sind in den Jahren 1892-1896 5 1/2 Millionen verausgabt, für Streiks dagegen 1 1/2 Millionen. Die Zahlen beweisen, daß die deutschen Gewerkschaften nicht nur Streikorganisationen sind, sondern auch Social-

ism das je vergessen kann — niemals — niemals!“

Dinens Augen wurden wunderbar streng und die Furchen in ihrem Gesicht traten stärker als früher hervor.

„Ja, er verliert dich ja?“ sagte Lea zerknüllt, ganz in ihren Berechnungen versunken.

„Er brannte nach Amerika durch, ja, das that er! Mit dem Schiffe „Die Dreieinigkeits“, Schiffer Dreier, und ließ mich sitzen mit meinem Kleinen und der Schande.“

Meine Eltern, die ehrliche Leute waren, wollten mich fortjagen. — Du, das waren schreckliche Tage. Ich dachte so oft daran, hin zu gehen und mich fortzuwerfen. — Aber meine Mutter hatte doch recht: „Den Seelenteufel kann man niemals trauen“, sagte sie. „Die sind falsch, wie der Schaum auf den Wellen — wie es im Liebe heißt.“

„Hörst du denn später niemals mehr von ihm?“ fragte Lea, indem sie darüber nachdachte, wo Dine eigentlich mit ihrer langen Geschichte hin wollte.

„Nein, kein Wort! Aber Schiffer Hansen — der fährt auch nach Amerika — sagte mir, er lebt in Chicago, und er steht sich dort sehr gut und hat.“ — Dine huckte, als wäre ihr etwas in die falsche Rehle gekommen — sich verheirathet.“

Lea bildete sie theilnehmend an. „Wir haben alle unsere Sorgen“ dachte sie, „keiner geht frei aus.“

Sie ist eine Engländerin!“ fuhr Dine fort, indem sie sich den Anschein völliger Gleichgültigkeit zu geben suchte.

(Fortsetzung folgt.)

Emazipiert.

Ein Roman aus der Gegenwart.

Von John Paulsen.

(Nachdruck verboten.)

14) (Fortsetzung.)

Aber wenn sie morgen keins bekam, dann — Wenn sie ihr goldenes Armband verkaufte, wie sie es mit der Brodse gemacht hatte? Nein, das ging nicht, nachdem nun einmal sein Mißtrauen erwedt war.

Sie fuhr auf. Die Thüre ging. Ach, das war nur Dine. Sie kam hinein, um den Tisch abzuräumen.

Die fünfzigjährige, unterlegte Dine hatte ein mageres, chinesisches, runzeliges Gesicht, wie man es häufig bei Frauen aus dem Volke findet, die nicht allzu gute Tage gehabt haben. Ihr dunkles, grau streifiges Haar lag glatt nach den Wangen hinunter, streifen unter der weißen Haube mit der Krause vorn.

Die Hände waren groß, groß und verarbeitet; es fiel ihr gleichsam schwer, die heißen Finger zu biegen, obgleich sie gewohnt war, immer mit dem Beien oder schweren Rührgeräthen umzugehen. Auf der rechten Seite des Kinns saß eine große Warze mit einigen langen und grauen Haaren.

Dine gehörte zu jenen alten, treuen Dienstboten, die immer von Freunden und Verwandten einer jungen, frischverheirateten Frau empfohlen werden, deren eigene praktische Erfahrungen nicht groß sind.

Daran gewöhnt, ihre junge Herrschaft zu kommandieren, deren mangelnder hausmütterlicher Sinn ihr das Ueberwacht gab, hatte ihr Wesen mit

den Jahren etwas Herrschmüthiges und Gebieterisches angenommen.

Es konnte nicht geleugnet werden, daß sie sie und da ihre Stellung mißbrauchte. Sie war eine Anhängerin des Absolutismus.

So lange sie in der Küche und im Keller die Alleinherren spielen durfte, war sie zufrieden, aber machte sie die junge, unerfahrene Frau den geringsten Eingriff in ihre vermeintlichen Rechte, versuchte sie die Regierungsform zu beschränken, dann zeigte die alte Dine ihre Keckheit, nämlich kurze Worte und saure Miene und die ewige Drohung, daß sie fortgehen würde und sich einen andern Dienstherrn suchte.

Mit Lea, die eine ruhende Geburt besaß und zudem lebhaft fühlte, wie nützlich Dine ihr war, um nicht zu sagen unentbehrlich, kam Dine in der Regel gut aus. Zwischen der jungen Frau und der alten erprobten Dienerin bestand ein fast freundschaftliches Verhältnis.

Dine betrachtete eine Weile Lea, die grübelnd mit dem leeren Portemonnaie in der Hand dasaß, öffnete den Mund, als wolle sie etwas sagen, bedachte sich aber und ging rumm und kopfschüttelnd mit dem Kaffee-Tablet hinaus.

Lea rief sie. Sie lehrte um.

„Du, Dine, ich wollte — ich wollte dich etwas fragen.“

„Ja, ich hatte auch etwas zu sagen, Frau Städt.“

„Du könntest mir wohl nicht — warum fährst du mich so an? — ja, du könntest mir wohl nicht fünf Thaler leihen? Du sollst sie bald zurück bekommen. Mein Mann erwartet gerade ein größeres Honorar von seinem Verleger.“ — sie merkte Dinens zweifelhafte Miene und fügte hinzu: „Ja, das ist wahr — du kannst es mir glauben.“

Dine seufzte tief auf.

tiges auf dem Gebiet des Unterhaltungsweins leisten. Hatten sie mehr Freiheit, sie würden diesen Zweig noch mehr entwickeln. Sie leisten schon jetzt mehr als die so genannte Reichs-Sozialreform (Bravo links). Das Interesse der Gesamtheit erfordert es, daß der Arbeiter konsumfähig wird und die Berufsvereine könnten das erreichen, wenn sie nicht immer wieder unterdrückt würden. In England hat man das erkannt, dort ist in den Staatsverträgen auch die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, die Arbeitervereine erhalten Staatslieferungen und der Staat führt bei dabei. Herr von Stumm sagt, der letzte Maschinenbaurestreik habe die ganze Stimmung in England geändert. Da Herr von Stumm auf diese Behauptung großen Werth gelegt hat, muß ich auf diese Behauptung großen Werth legen. Ich habe die Maschinenbaurestreik eingesehen und einige Unrichtigkeiten widerlegen. Zum Mann ist kein beliebiger arbeitender Herr, der die Arbeiter verführt hat, sondern ein selbstständiger Arbeiter und Mitglied des Maschinenbaurestreikverbandes. Damit fallen alle Schlussfolgerungen Stumms. Die Forderungen der Maschinenbauer auf Verkürzung der Arbeitszeit waren zweifellos berechtigt, eine andere Frage ist, ob es praktisch war, die Forderung gerade damals zu stellen. Herr v. Stumm hat dann eine Resolution der Labour-Organisation angeführt, die die bisherige Taktik verurtheilt. Diese Labour-Organisation ist mit dem Gelde von Fabrikanten gegründet, wird noch von diesen unterstützt und erbot sich beim Fabrikantenstreik Streikbrecher zu stellen. Von dieser Seite ist eine solche Resolution allerdings etwas ganz natürliches, ihr Weigen blüht ja erst, wenn es den anderen Arbeitern schlecht geht. (Sehr richtig links.) Weiter hat Herr von Stumm jedoch behauptet, das Ehepaar Webb habe sich dahin geäußert, daß die Hauptaufgabe der Gewerkschaft die gute Verpflegung ihrer Führer sei. Ich habe eine derartige Äußerung nicht finden können. Er meint dabei, ganz wie bei uns. Ich protestiere im Namen der deutschen Arbeiter gegen diese Behauptung, glauben Sie doch nicht, daß man durch bezahlte Leute eine Bewegung leiten kann, wie es die sozialdemokratische Partei ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sidney und Beatrice Webb haben sich in ihrem Werke „Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften“ im Gegentheil durchaus rühmend über die einzelnen Gewerkschaftsführer ausgesprochen.

Herr v. Stumm hat auch von der enormen Verschwendung des Nationalvermögens gesprochen, die durch den Streik verursacht worden sei. Demgegenüber bemerkt Sidney Webb in einem Artikel, daß der durch die achtmonatige Arbeitsruhe verursachte Schaden ungefähr die Höhe der Gesamtarbeit der Nation an einem Tage erreicht. Der Tag also, welcher aus Anlaß des Regierungsjubiläums der Königin Victoria gefeiert worden ist, hat England daselbe an Nationalvermögen gekostet, wie der Maschinenbaurestreik. (Hört, hört! links.) Webb wendet sich ferner auch direkt gegen Herrn v. Stumm: „Haben Stumm in Deutschland und einige andere Großkapitalisten werden ja wissen, daß die Mächte zur alten Praxis der individuellen Regelung des Arbeitsverhältnisses auf seinen Fall mehr möglich ist.“ Wir glauben ja nun nicht, daß Herr v. Stumm je zu dieser Einsicht gelangen wird. Die von Herrn v. Stumm citirte Broschüre habe ich also nicht finden können; ich habe mich daher direkt an die Webbs gewandt und von ihnen heute einen Brief erhalten, in dem es heißt, daß von den Behauptungen des Herrn v. Stumm nichts Wahres sei, daß der Streik sie in ihren Anschauungen von der Nothwendigkeit der Gewerkschaften nur befestigt habe. (Hört, hört! links.) Ich frage Sie nun (mit erhobener Stimme) ob es nicht eine unerhörte Verhöhnung ist, wenn nicht Schlimmeres, wenn hier Herr v. Stumm so total aus der Fust geprüffene Behauptungen aufstellt? (Zorniger Beifall: Lauter! Redner unbeherrschbar.) Wir fehlt der parlamentarische Ausdruck, um eine solche Handlungsweise gebührend zu kennzeichnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Als das Große, das die englischen Gewerkschaften erreicht, würde sich auch bei uns zeigen, wenn man sie nur ruhig sich selbst entwickeln lassen. Man bekämpft die Streiks nicht dadurch, daß man die Organisationsbestrebungen der Arbeiter unterdrückt, sondern dadurch, daß man die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert. In Frankreich haben dies die Arbeitgeber selbst erkannt, und ihrem Verdienst ist es nicht zum Mindesten zuzuschreiben, daß dort das Gesetz betr. die Berufsvereine 1884 zur Annahme gelangte. Und in Deutschland sucht man noch 1893 die Gewerkschaften zu unterdrücken!

Herr v. Stumm hat nun zum Beweise der Schädlichkeit der Organisationen für die Arbeiter selbst vor allem auf Amerika eingewirkt. Er hat aber in Bezug auf die Angaben der Enquete-Kommission vollständig falsch berichtet. Aus den nicht zu widerlegenden amtlichen Zahlen ergibt man, daß die amerikanischen Arbeiter in weitaus besseren Einkommensverhältnissen sich befinden. Außerdem sind die Nahrungsmittel dort viel billiger, da sie nicht, wie bei uns, mit Zöllen belastet sind. Redner verliert zum Beweise seiner Behauptungen statistische Auszüge aus den amtlichen amerikanischen Berichten. Es wird dort ausdrücklich konstatiert, daß durch die Arbeiterorganisationen eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt worden ist. Wenn man die Löhne der amerikanischen Bauplätze mit denen unserer Armen vergleicht, so sieht man, daß sie bei uns nicht so viel verdienen, als jene Dollars. In Amerika sind die Löhne der organisierten Arbeiter doppelt so hoch, wie diejenigen der unorganisierten. Das ist auch die Folge des Winkens der Gewerkschaften, die für qualifizierte Arbeiter höhere Bewertung erringen haben. Was nun die Gewaltthatigkeiten des Streiks anlangt, so werden diese bedauerlichen Vorkommnisse von den Herren rechts immer laut übertrieben. Herr v. Stumm, der gar viel von Gewaltthatigkeiten bei englischen Streiks zu erzählen mußte, kann seinen einzigen solchen Fall aus dem letzten großen Maschinenbaurestreik anführen. Doch nichts vorgetragenes liegt an der guten Organisation der Arbeiter. Die Gewaltthatigkeiten bei amerikanischen Streiks, werden, wie schon Herr Mörike treffend ausgedrückt hat, von den Pinkertons hervorgerufen, die bekanntlich zu diesem Zweck von den Arbeitgebern gebunden werden. Die Unternehmer wissen ganz gut, daß sich die Arbeiter von den Pinkertons nicht verdrängen lassen, sondern wiederhaben, und wenn dies Gekind ordentlich verbanen wird, geschieht ihm Recht (Heiterkeit). Gewaltthatigkeiten kommen bei uns meist nur dann vor, wenn sich die Polizei ungehörig einmischt und dadurch die Erbitterung ins Unermessene steigert. (Sehr richtig! links.) So war es auch beim letzten Hamburger Fabrikantenstreik. Wenn die Führer nicht zur Ruhe gemahnt hätten, der Polizei, die die Arbeiter Bande und Lumpenband nannten, wäre es eilig ergangen. Oder glauben Sie, die starken Schaulente wären nicht mit den paar bewaffneten Polizisten fertig geworden? Die unkluge Haltung der Polizei veranlaßte einen kleinen Straßenkampf. Ein Streikbrecher hat auf die Streikenden geschossen, die Streikenden haben den Revolverbeiden dann gründlich verbanen. Graf Beldowsky wird diesen Fall nicht für sein Streikgesetz gebrauchen können. (Sehr richtig! links.) Wenigen nun die vorliegenden Anträge? Sie enthalten viel überflüssige Organisationsbestimmungen. Ein Vorschlag des Viederschen Entwurfs ist die Bestimmung, daß die Berufsvereine sich mit Fragen der Gesetzgebung beschäftigen dürfen. Nur dann können sie leistungsfähig wirken. Sie bleiben trotzdem wirtschaftliche Vereinigungen, die mit bestimmter Parteipolitik nichts zu thun haben. Trotzdem können wir für den Antrag Vieder nicht stimmen, weil er die Eintragung der Vereine nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch verleiht. Jeder Arbeitgeber könnte sich dann mit Verhinderung die Löhne derjenigen Arbeiter verschaffen, die den Gewerkschaften angehören. Das muß verhindert werden. (Sehr richtig! links.) Bei der zweiten Beratung werden wir den Antrag Schneider, dem wir den Vorschlag geben, zu erweitern suchen. Die Nantiulbestimmung aus § 18 des Entwurfs muß hinaus, die Auflösung des Vereins zuläßt, wenn er das Gemeinwohl gefährdet.

Vizepräsident Schmidt (fr. Volksp.) macht den Redner darauf aufmerksam, daß dies bei dem Vortrag statistischen Materials unvermeidlich sei und schließt: Ein

Geleit über die Berufsvereine sei eine Forderung der Gewerkschaften. Das in kleinen Beiträgen aufgedruckte Eigentum der Arbeitervereine muß ebenso privatrechtlich geschützt sein, wie anderes Eigentum. Wenn Sie Gerechtigkeit üben wollten, so hoffen wir, daß durch unsere Mitarbeit ein Gesetz zu Stande kommt, von dem keine Stelle der Bevölkerung und auch die Arbeiter Vortheil haben (Beifall Bravo! bei den Sozialdemokraten).

Abg. Jakobstötter (konf.) kann ein Bedürfnis für die Verleihung des Corporationsrechts an die Berufsvereine nicht zugeben. Einzelne Organisationen seien überhaupt vom Uebel. Unternehmer und Arbeiter müßten in demselben Verein sein. Unter dem Terrorismus einzelner Arbeiterorganisationen würde das Handwerk umgehört werden. Schon heute befehligt der sozialdemokratische Terrorismus die Fabrikarbeiter vollständig. Die Arbeiterorganisationen können jetzt schon viel zu viel Rechte. Der Einfluß der Gewerkschaften ist nicht zu gering, sondern vergrößert, sie schärfen zu Streiks, die den Wohlstand der Industrie verheerend. Das alte patriarchalische Verhältnis muß wiederhergestellt werden. Redner empfiehlt Einigungsämter.

Abg. Gitz (Str.): Wer es ehrlich meint mit dem Coalitionsrecht muß den Gewerkschaften die privatrechtliche Sicherung durch das Corporationsrecht geben. Das ist kein Privilegium für die Gewerkschaften, das Recht soll allen Berufsgruppen gegeben werden. Nichts in den Arbeiterverhältnissen hat auch Herr v. Stumm eingebracht. Die beste Befähigung der Arbeiter haben sie in der gewöhnlichen Anerkennung der Berufsvereine. Den Sozialdemokraten liegt an dem Gesetze nichts, wenn es geschaffen wäre, sie sind bloß dafür, weil es noch nicht da ist. Die Sozialdemokraten sind so durchtrieben, — im guten Sinne (Heiterkeit) — daß sie das Gesetz nicht brauchen; sie haben ihre Gewerksvereine. (Auf links: Sie sind nicht politisch.) An der Spitze stehen doch dieselben Leute, die auch in der politischen Bewegung an der Spitze stehen. In den Vorständen kommen nur Sozialdemokraten. Die christlichen Arbeitervereine und die Christlich-Deutschen Gewerksvereine sind anders. v. Stumm wirft aber alle in einen Topf. Er sollte unterscheiden, darf unterscheiden, das ist eine Forderung der einfachsten Gerechtigkeit. (Herr von Stumm schweigt abweichend die Raumnahme „Jüde“.) Die Forderung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit ist nicht revolutionär. Der Arbeiter braucht die Organisation, um die Conjuratur auszunutzen und seine Arbeitskraft so gut als möglich zu verwerten. Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern ist ja nicht ausgeglichen. Hat der Arbeiter das Gefühl, der Unternehmer zögert für ihn, so wird er nicht streiken. Was den Gedanken einer gemeinsamen Organisation von Arbeitern und Unternehmern anlangt, so haben wir ihn ja bei der Arbeiterversicherung zum Ausdruck gebracht. Eine solche Organisation ist ein alter Wunsch des Centrums. Wir sind auch heute noch für Arbeitskammern, in denen Arbeiter und Unternehmer zusammenfinden und ich glaube, auch die Sozialdemokraten sind dafür. (Abg. Reibel: Gewiss! Keingehört aller Streiks könnten dann vermieden werden. Trotz der Arbeitskammern werden sich manche Arbeiter aber auch selbstständig organisieren wollen. Das müssen wir ihnen erlauben. Auch Herr v. Reibel war dieser Ansicht. Herr v. Stumm sagt freilich, Reibel ist abgegangen und nicht mehr mogebend. Ja, war diese Ansicht der Grund seines Austritts? Die Frage der Regelung der Berufsvereine ist in den kaiserlichen Erlässen verheißt und mit diesen hat sich auch Herr Reibel abgefunden, der noch im Jahre 1891, einverstanden erklärt. Wir können uns also auf ihn berufen. Die englischen Gewerksvereine sind mit Unrecht schon kritisiert worden. Weil die englische Regierung ihnen keine Schwierigkeiten in den Weg legt, hat die Sozialdemokratie in England keinen Boden finden können. Doch der englische Arbeiter seine Interessen rücksichtslos vertritt, kann man ihm nicht zum Vorwurf machen. Gerade die englischen Erfahrungen zeigen uns, daß die Berufsvereine ein Mittel zur Befähigung der Sozialdemokratie sind. Wenn unser Antrag noch nicht Gesetz werden sollte, die öffentliche Meinung wird unsere Thätigkeit mit Genugthuung begrüßen. Hiermit verlegt sich das Haus.

Abg. Herr v. Stumm, daß er allerdings Herrn Sidney Webb einige Worte in den Mund gelegt habe, die dieser nicht gebraucht hat. Er hätte seinen Irrthum auch ohne die Aufforderung des Herrn von Elm berichtigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Dritte Beratung des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Zweite Beratung der Postdampfersubventionsnovelle. Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Flottenvorlage und der Marine-Etat.

gb. Berlin, 9. März.

In der Budgetkommission des Reichstages fand heute das Ordinarium des Marine-Etats zur Beratung. Zunächst wurde der Indiensthaltungsplan erörtert.

Der Referent Dr. Vieder legte dar, welche Indiensthaltungen durch Gesetz festgelegt seien. In Bezug auf Schulschiffe und Spezialschiffe bestiehe keine gezielte Regelung. Gegen die geforderte Indienststellung der Schlachtschiffe sei kein Einwand zu erheben. Bei den Auslandsschiffen sei aber ein erheblicher Zuwachs an Ausgaben vorhanden, nämlich 970 560 M. Bei den Schulschiffen sei ein Mehrbedarf von 411 508 M. bei den Spezialschiffen ein Minderbedarf von 142 700 M. Der Mehrbedarf in Folge grundsätzlicher Änderung der Indiensthaltungen betrage 958 277 M., der Mehrbedarf in Folge der Änderung der Durchschnittssätze belaufe sich auf 46 577 M.

Der Indienststellungsplan wird darauf genehmigt. Bei den fortwährenden Ausgaben referirt Dr. Vieder zunächst über die Zunahme der Ausgaben für Unterpersonal und bedauert, daß soviel Schreibpersonal erforderlich sei. Hier sei eine Mehrforderung von 3 326 372 M. Man möge auskömmliches Gehalt zahlen, dann aber auch die Kräfte richtig ausnützen. Es müsse eine erhebliche Einschränkung des Schreibweins eintreten.

Der Correferent v. Raifon schließt sich diesen Ausführungen an; ebenso Abg. Prinz Arenberg (Centrum).

Staatssekretär Tirpitz erklärt die Zunahme des Personals durch die Entwicklung der Marine. Das geforderte Personal entspreche einem dringenden Bedürfnis.

Abg. Singer wünscht für das nächste Jahr eine Denkschrift für alle Ressorts, aus welcher die Art der Beschäftigung der Beamten deutlich zu ersehen sei. Diese Beamten hätten meist nur 6 bis 7 Stunden Arbeitszeit. In der Denkschrift müsse auch genau mitgeteilt werden, welchen Nebenverdienst diese Beamten haben.

Abg. v. Bennigsen plädirt für die Verringerung der Ausgaben. Der Correferent v. Raifon schließt sich diesen Ausführungen an; ebenso Abg. Prinz Arenberg (Centrum).

Staatssekretär Tirpitz erklärt die Zunahme des Personals durch die Entwicklung der Marine. Das geforderte Personal entspreche einem dringenden Bedürfnis.

Abg. Singer wünscht für das nächste Jahr eine Denkschrift für alle Ressorts, aus welcher die Art der Beschäftigung der Beamten deutlich zu ersehen sei. Diese Beamten hätten meist nur 6 bis 7 Stunden Arbeitszeit. In der Denkschrift müsse auch genau mitgeteilt werden, welchen Nebenverdienst diese Beamten haben.

Abg. v. Bennigsen plädirt für die Verringerung der Ausgaben. Der Correferent v. Raifon schließt sich diesen Ausführungen an; ebenso Abg. Prinz Arenberg (Centrum).

Staatssekretär Tirpitz erklärt die Zunahme des Personals durch die Entwicklung der Marine. Das geforderte Personal entspreche einem dringenden Bedürfnis.

Abg. Singer wünscht für das nächste Jahr eine Denkschrift für alle Ressorts, aus welcher die Art der Beschäftigung der Beamten deutlich zu ersehen sei. Diese Beamten hätten meist nur 6 bis 7 Stunden Arbeitszeit. In der Denkschrift müsse auch genau mitgeteilt werden, welchen Nebenverdienst diese Beamten haben.

Abg. v. Bennigsen plädirt für die Verringerung der Ausgaben. Der Correferent v. Raifon schließt sich diesen Ausführungen an; ebenso Abg. Prinz Arenberg (Centrum).

Staatssekretär Tirpitz erklärt die Zunahme des Personals durch die Entwicklung der Marine. Das geforderte Personal entspreche einem dringenden Bedürfnis.

Abg. Singer wünscht für das nächste Jahr eine Denkschrift für alle Ressorts, aus welcher die Art der Beschäftigung der Beamten deutlich zu ersehen sei. Diese Beamten hätten meist nur 6 bis 7 Stunden Arbeitszeit. In der Denkschrift müsse auch genau mitgeteilt werden, welchen Nebenverdienst diese Beamten haben.

Abg. v. Bennigsen plädirt für die Verringerung der Ausgaben. Der Correferent v. Raifon schließt sich diesen Ausführungen an; ebenso Abg. Prinz Arenberg (Centrum).

Staatssekretär Tirpitz erklärt die Zunahme des Personals durch die Entwicklung der Marine. Das geforderte Personal entspreche einem dringenden Bedürfnis.

Abg. Singer wünscht für das nächste Jahr eine Denkschrift für alle Ressorts, aus welcher die Art der Beschäftigung der Beamten deutlich zu ersehen sei. Diese Beamten hätten meist nur 6 bis 7 Stunden Arbeitszeit. In der Denkschrift müsse auch genau mitgeteilt werden, welchen Nebenverdienst diese Beamten haben.

Abg. v. Bennigsen plädirt für die Verringerung der Ausgaben. Der Correferent v. Raifon schließt sich diesen Ausführungen an; ebenso Abg. Prinz Arenberg (Centrum).

Staatssekretär Tirpitz erklärt die Zunahme des Personals durch die Entwicklung der Marine. Das geforderte Personal entspreche einem dringenden Bedürfnis.

Referenten Dr. Vieder um 6000 M. gestärkt, also nur 24 000 M. bewilligt. Der Referent hebt wieder hervor, daß erst die Aufbesserung für die Unterbeamten erfolgen müsse.

Eine Reihe von Positionen wird darauf ohne weitläufige Debatte unverändert angenommen.

Beim Kapitel „Seeförge“ beantragt Abg. Dr. Vieder einzufügen: „viertes katholischer Marinepflaster 1800 M.“ Er begründet die Forderung mit der Nothwendigkeit der Wahrnehmung der Seeförge der katholischen Schiffsjungen an Sonn- und Feiertagen, sowie für deren Religionsunterricht resp. zur Aushilfe und Vertretung auf See.

Staatssekretär Tirpitz weist darauf hin, daß jetzt bereits allmonatlich katholischer Gottesdienst an Bord stattfindet.

Staatssekretär v. Thielmann bemerkt, daß nach Ansicht der verbündeten Regierungen der Reichstag nicht einseitig neue Positionen in den Etat einfüllen könne.

Der Antrag Vieder wird mit 11 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Staatssekretär Tirpitz erklärt, daß es im nächsten Jahre der Anregung des Abg. Vieder entsprechen würde.

Das Kapitel „Geldverpflegung der Marinetheile“ wird auch erledigt.

Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Deutschland.

Berlin, 9. März. Zur Vorgeschichte der Los-Aron. Von gut informierter Seite geht dem „Vorwärts“ die Nachricht zu, daß die deutschen Bundesregierungen sich über folgenden, der Freiheit der Lehre und der Wissenschaft ins Gesicht schlagenden Grundgesetz geeinigt haben:

„Die Bundesregierungen verpflichten sich gegen einander, Universitäten und andere öffentliche Lehreinrichtungen, die durch erzwungene Abweichung von ihrer Pflicht oder Ueberschreitung der Grenzen ihres Berufs durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüther der Jugend, durch Verbreitung verwerflicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindlicher oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren ihre Unfähigkeit zur Verwaltung des ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unerkennbar an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen.“

Die Konsequenz dieses Grundgesetzes besteht wohl darin, daß die Bundesregierungen sich auch dahin einigen, solche Lehrstellen mit ausgedienten Militärs zu besetzen!

d. — Dem Berliner Tageblatt wird aus Peking vom 7. März telegraphirt: „Nach zuverlässiger Information erheben die Japaner Einwendungen, kommenden Mai das von ihnen als Unterpfand für die chinesische Kriegsschuld besetzte Wei-Hai-Wei zu räumen.“

d. — Die Kölnische Zeitung widmet unserer endgiltigen chinesischen Forderung wieder einen langen Zeit- und Vorkurs. Sie schreibt unter der Ueberschrift: „Interessenpolitik in Ostasien“, was Deutschland angehe, so sei dieses durch den endgiltigen Abschluß des Vertrages bezügl. Kiautschau, sowie durch das Abkommen in Sachen der Anleihe dem Widerstreit des Interesses getrieben entzweit. Bezüglich der Forderungen Japans erklärt das Blatt, obwohl Wei-Hai-Wei in der Provinz Schantung liege, habe Deutschland an den japanischen Forderungen kein sonderliches Interesse. Die russischen Forderungen erscheinen weder überraschend noch so ungeheuerlich, wie England sie hinstellt. China habe Englands Interessenrichtung reichlich genug bedacht, so daß dieses seine Ursache habe, unzufrieden zu sein. Für den Versuch aber, Deutschland mit in die Unzufriedenheit hineinzuziehen, sei der jetzige Augenblick nicht günstig gewählt.

Das ist eine wahrhaft noble Sprache. Deutschland dürfte sich auch hüten, den russischen Nachbater zu hören. Beide sind wohl auf einander angewiesen, beide „Rechtstitel“ sind wohl vom gleichen Kaliber und da läßt sich auch der japanische „Rechtstitel“ auf Wei-Hai-Wei nicht gut aus der Welt schaffen. Japan wird sich wohl oder übel entschließen müssen, zur Forderung zu schreiten.

„Wie der „Frk. Ztg.“ aus Berlin gemeldet wird, „verlautet zuverlässig“, daß die Reichstagswahlen in der zweiten Hälfte des Juni und die Landtagswahlen im Oktober stattfinden werden.“

g. — Aus Centrumskreisen erfahren wir, daß in der gestrigen Sitzung der Fraktion die Generaldebatte über das Flottengesetz zum Abschluß gekommen ist. Beschlüsse wurden auch gestern noch nicht gefaßt. Die Beratungen sollen deshalb heute Abend fortgesetzt werden. Es wird hinzugefügt, daß die von den Abg. Dr. Vieder und Müller-Kluda abgegebenen Erklärungen über die Nothwendigkeit und die Tragweite des Gesetzes, sowie über die Deckungsfrage „allgemein befriedigt haben.“ Die „Germania“ giebt zu, daß verschiedene Anschauungen bestimmt und entschieden vertreten würden.

Die „Köln. Ztg.“ sucht die Centrumswähler über den Verrath ihrer Vertreter noch etwas hinzuhalten, sie schreibt:

„Betreffs der schließlichen Stellungnahme der Centrums-Fraktion zur Flottenvorlage lasse sich bisher noch nicht einmal vermuthungsweise etwas sagen. Eine aus Schäften kommende, in der „Köln. Ztg.“ veröffentlichte Zuspätschneidung dringend, daß das Centrum sich nicht spalte, möge die Entscheidung ausfallen wie sie wolle. Eine Spaltung würde nicht nur im Liden Deutschlands, sondern auch unter den Katholiken Preußens unheilvolle Verwirrung anrichten, so daß man eine Wiederholung der Konflikte befürchten müßte, wie sie seiner Zeit bei der Militär-Vorlage zum Ausdruck gekommen sind.“

Köln, 8. März. Vom „einigen“ Centrum! Die preussischen Centrumshelden loben den Dr. Vieder als ihren Parteigott. In der Marine-Vorlage habe der Mann eine bewundernswürdige Geistesgröße offenbart. In dasselbe Horn tönen mit wenigen Ausnahmen, die wir bereits vermerkt, die meisten norddeutschen Centrumsführer. Wie schaut es aber in Süddeutschland aus? Nach dem frommen „Köln. Ztg.“ kann Dr. Vieder „nicht länger mehr der Mann sein, in dessen Händen die Führerschaft der größten Reichstagspartei liegen darf.“ Dr. Vieder habe durch seine merkwürdigen Manipulationen in der Flottenfrage das Vertrauen in bayerischen Centrumsführer geradezu eingebüßt. Das Blatt schließt sich der Drohung der „Köln. Ztg.“ an, daß das Band zwischen dem preussischen und bayerischen Centrum gelöst werden könnte, an und fügt, daß Dr. Vieder um ein „Finken“ aus der Regierung das Vertrauen des katholischen (b) Volkes dahingiebt und

die Einheit der Centrumsfraktion leichtem Verzeihen opfert: „Die großen Führer Windthorst und Mallinckrodt würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie heute wüßten, welche Minorarbeit ihr bewilligungslustiger Radfahrer am Centrums-Altar verrichtet.“ Jedes Fraktionsmitglied, das den von Dr. Vieder vorgeschlagenen Weg gehe, möge sich ruhig auf die Bismarckstraße die Worte drucken lassen: „Totengräber des Centrums.“

Das ist ja ein wunderbares Konterfei des anerkannten Centrumsführers Dr. Vieder, um so werthvoller, als es seine Enttöschung einer Persönlichkeit verdankt, die schon wegen der Parteizusammengedrängtheit mit Herrn Vieder nicht zu dicken Farben aufgetragen hat! Merk-würdig ist nur, daß diese Presse, welche jetzt so sehr auf dem Führer ihrer Partei herumtrübt, für ihre eigene Schuld keine Worte hat und daß ihr nicht einmal der Gedanke kommt, wie furchtbar lächerlich sie sich macht, wenn sie derartig einen Mann herunterreißt, den sie Jahre lang als ihren geistigen Führer vergöttert und als „reinen Centrums-Engel“ in Wort und Schrift dem „katholischen Volk“ zur Verehrung und Verherrlichung vorge stellt hat. Im Uebrigen ist das ganze Geheul der süddeutschen Centrumsführer ein prächtiger Beweis für die so laut geprüffene „Einigkeit“ des Centrums. Mögen unsere Leser sich ein wenig daran amüsieren!

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. März. Gesehichte Blätter veröffentlichen das angebliche Aktionsprogramm des Grafen Thun. Dasselbe klingt jedoch so ungeheuer deutschfeindlich, daß die hiesige Presse die Publikation als geistiges Phantasie-Gefährten bezeichnet. Allseitig herrscht die Ansicht vor, daß das neue Kabinett in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung unhaltbar sei und nur als Provisorium gelten könne. Graf Thun, so heißt es, werde zwar bleiben, sich aber bald nach neuen Ministern umsehen müssen.

Wien, 9. März. Bei Besprechung des neuen Kabinetts sagt die „Neue Freie Presse“: schon heute sei es klar, daß der Wechsel der Regierung nicht die mindeste Änderung in der oppositionellen Haltung der deutschen Parteien herbeiführen werde. Nach wie vor hielten die deutschen Oppositionsparteien fest an ihren Forderungen, welche in der Aufhebung der Sprachenverordnung und in gezieliger Regelung der Sprachfrage bestanden.

Prag, 9. März. Für heute Abend werden weitere Demonstrationen beabsichtigt, weil die radikale Partei eine Volksversammlung abhält, in der die Lage der Czechen in Niederösterreich und die Sprachenverordnungen verhandelt werden.

Italien.

Mailand, 9. März. Das Verleichenbequignis Galvottis ist im großartig verlaufen. Tausende und Abertausende folgten dem Verleichenwagen. Auf den Straßen war ein lebensgefährliches Gedränge. Alle Geschäfte hatten geschlossen.

Frankreich.

Paris, 9. März. Heute wurde von dem Polizeigericht die Verleumdungssache, welche die drei Schreibladungsverdrängten im Prozeß Gierhazy gegen Emile Zola angeht, verhandelt. Der Verteidiger Zola's, Vabrot, suchte die Inkompetenz des Gerichtshofes nachzuweisen. Er sagte, die Schreibladungsverdrängten hätten einen amtlichen Charakter, und deshalb müsse der Prozeß vor die Justiz.

Paris, 9. März. In einer von Abgeordneten aller politischen Richtungen besuchten Versammlung wurde heute eine Resolution angenommen, die die Regierung um Einführung des zweijährigen Militärdienstes mit vorhergehender militärischer Vorbildung zu ersuchen. Diese Resolution wird, von zweihundert Deputierten unterschrieben, am Samstag in der Kammer eingebracht werden.

Paris, 10. März. Das Justizpolizeigericht hat sich in der Angelegenheit des Verleumdungsprozesses der Schreibladungsverdrängten gegen Zola für zuständig erklärt und die Verhandlung um vierzehn Tage vertagt.

Spanien.

Madrid, 9. März. Die Nachricht von einem neuen Aufstande auf den Philippinen wird hier entschieden bestritten.

Bulgarien.

Sofia, 9. März. Der ritterliche Mörder Boitchev appellirte gegen das Todesurtheil des Kassationshofes. Der Vater der ermordeten Anna Simon verlangte von dem kaiserlichen Ferdinand brieflich einen Beitrag zur Erziehung des Kindes seiner ermordeten Tochter.

Die Bekanntmachung für die Thomasschlackenmühlen.

h. v. Am 12. Januar 1897 erklärte Herr von Bötticher im Reichstage, die Regierung sei damit beschäftigt, Schutzbestimmungen für den Betrieb in den Thomasschlackenmühlen festzusetzen, ebenso wie für die Zinkfahnenarbeiter, die Arbeiter in den Alkalischmelzfabriken und in den Buchdruckereien. Letztere Bestimmungen sind bereits erlassen; es sollen sogar demnächst weitere für die Konserverfabrikation und die Akkumulatorenfabriken erlassen werden. Aber die Bekanntmachung in Betreff der Thomasschlackenmühlen läßt noch immer auf sich warten, obgleich die Gesundheitsgefährdungen, denen die Arbeiter noch gegenwärtig in diesen Betrieben ausgesetzt sind, bei weitem schlimmer sind, als in den genannten anderen Betrieben. Nur die Zinkfahnen stehen ihnen darin wohl nicht nach. Was hat dieses Nichterlassen von Schutzbestimmungen für die Thomasschlackenmühlen für einen Grund? Wir wissen es nicht. Wir wissen freilich, daß der Freiherr von Stumm in Neunkirchen ein bedeutendes Mäurerwerk für Thomasschlackenmühlen besitzt, aber wir glauben nicht, daß das die Ursache ist, daß die fragliche Bekanntmachung noch nicht erlassen ist. Die „Fr. Br.“ hat die Verhältnisse in den Thomasschlackenmühlen in Nr. 37, 38 und 43 vom vorigen Jahre ausführlich geschildert und sehr eingehend dargelegt, daß eine Staubvergiftung beim Mahlen von Thomasschlacke nur dann möglich ist, wenn die Schlacke nicht vermahlen wird, daß dies aber eine Schwierigkeit macht. Auf Grund dieser Ausführungen hat sie dem Bundesrath vorgeschlagen, einfach folgende Bekanntmachung zu erlassen: „Thomasschlacke darf in gewerblichen Anlagen nur unter Zuzug von mindestens 10 Proz. Wasser vermahlen und gemahlen nur mit einem Gehalt von mindestens 10 Proz. Wasser in den Handel gebracht werden.“ Warum hat man eine derartige Bekanntmachung noch nicht erlassen? Herr von Stumm würde ihr doch gewiß seine volle Zustimmung geben. Derselbe hat ja selbst vor circa 10 Jahren einmal einen Preis von 10 000 M. für die beste Art der Befreiung des Staubes der Thomasschlackenmühlen ausgesetzt, der allerdings nicht zur Vertheilung ge-

kommen ist, weil vorgesehene Ziel befechtigung in den durch dieselben nicht herbeigeführt werden konnte. In der Folge ist der Preis bald erreicht.

Soziales.

Große Genuß.

Bergarbeiterfreien.

Zustände im bayernischen Bergbau.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

Minister soll nur Leute fragen, die dem Bergbau angehören.

leichtesten Dergens
vort und Mallen
ehen, wenn
eit ihr be
am Centrum
smittig, das
eg gehe, möge
Worte druden
ms.“
ei des anez
Dr. Lieber
ne Entziehung
on wegen der
ieber hicherlich
hat! Merk
welche jetzt so
unverweilt, für
at und daß ihr
wie furchtbar
derartig einen
e lang als
vergottet
ms. Engel
ung vorgefelli
heul der süd
ger Beweis für
des Centrums
ran amfieren!
1.
veröffentlichten
Grafen Thun
deutschland, als
eichliches
herriert die
seiner gegen
und nur als
u, so heißt es
nach neuen Mi
ng des neuen
: schon heute
erung nicht die
neffen Haltung
abe. Nach wie
parteien fest an
Aufhebung der
Regelung der
werden weitere
abstabile Partei
er die Lage der
Sprachenverord
bezüglich Ga
ende und Aber
den Straßen
Alle Geschäfte
on dem Polize
die drei Schreib
gegen Emile
er Verteidiger
des Gerichts
Schreibschaver
ster, und des
Abgeordneten
Versammlung
men, die Re
rigen Militär
vor Vorbildung
von zweihundert
in der Kammer
gericht hat sich
schöpfersprozess
er zufällig er
Tage verlagt.
ht von einem
wird hier ent
erliche Wörder
desurtheil des
ordneten Anna
binand brieflich
des seiner er
maschlafen
ierte Herr von
ei damit be
Betrieb in den
benso wie für
Alfalschomat
Legtere Be
sollen sogar
abrafation und
den. Aber die
schlafmühlen
gleich die Ge
der noch gegen
ber, bei weitem
n anderen Be
nen darin wohl
en von Schu
kennmühlen für
Wir wissen
in Neumrichen
aschlafenmehl
das Ursache
noch nicht er
Verhältnisse in
7, 35 und 43
und sehr
berührung beim
ist, was möglich
ist, daß dies
Grund dieser
vorgefchlagen,
zu verlassen:
Anlagen nur
Wasser ver
Wahl von
andel gebracht
Befannt
von Stunum
immung geben.
Jahren einmal
e beste Art der
schlafmühlen
Verteilung ge

kommen ist, weil die eingereichten Vorschläge „das vorgesehene Ziel einer gänzlichen dauernden Staub- befreitung in den Arbeitsräumen der Schlafenmühlen durch dieselben nicht erreichen.“ Wir hoffen, daß ihn jetzt der Bundesrath durch Annahme unserer Vorschläge bald in die Lage versetzt, dieses Ziel zu erreichen.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Größe Genußnahme. hat es in den bayerischen Bergarbeiterkreisen erzeugt, daß Genosse Segitz die Zustände im bayerischen Bergbau in der Kammer energisch zur Sprache brachte. So schrieb u. a. an unser Münchener Parteiorgan eine im oberbayerischen Bergwerkbetrieb alt und krüppelhaft gewordene und zuletzt „ohne Pension“ hinausgegebene Frau: „Unser Segitz hat Recht, nicht der Herr Minister. Der Herr Segitz hat nur einmal herauskommen und die Leute fragen, wie sie mit der Arbeit und dem Verdienst und der Bergwerksdirektion zufrieden sind, und er wird von Allen, die sich nicht fürchten, die Wahrheit zu sagen, die Antwort kriegen, daß die Lage der Bergarbeiter eine traurige ist und daß die meisten unzufrieden sind. Aber sie dürfen es nicht sagen, sonst heißt's gleich: kommt ja gehen, wenn dir's nicht paßt, es gibt Vent' genug. Und darum sind sie alle ruhig und thun, als wären sie zufrieden, was der Direktion ganz recht sein kann. Die Vent' werden angetrieben wie die Kühe, und wenn sie ihren Lohn holen, dann thun die Herren grad so, als schenkten sie den Arbeitern das Geld. Und wenn es heißt, die Arbeiter sollten sich beschweren, so ist das auch nicht so einfach; wurde mir doch einmal am Bezirksberg- amt gesagt, daß der Direktor es nicht erfahren dürfe, daß ich da war, sonst könnte es leicht spuken. Später, wo dann die Hünzerei zu groß wurde, sagte ich einem Beamten einmal die Wahrheit pfeifgrad ins Gesicht, worauf ich hinausgeburst wurde, ohne Pension, obgleich ich auf der Grube beim Fundebürzen einen schweren Verbands befam. Und wie es mir gegangen ist, so ging es manchem Anderen und wird noch Manchem so gehen, bis einmal die hohen Herren selbst nachschauen (?) und nicht immer nur das glauben, was die Beamten sagen.“

Lothales.

Elberfeld, 10. März. Zur Reichstagswahl. Während die „legale Vertretung“ des Centrums im Ruppenthal die Wähler an die anderen bürgerlichen Parteien zu verkaufen beistellt ist und als Käufer auch die brutalsten Kulturkämpfer acceptirt, verkauft sich das Centrum im Großen an die Regierung, ohne bis jetzt noch etwas Nennenswerthes gerettet zu haben. Wenn den Centrumsführern jetzt noch nicht die Augen darüber aufgehen, wie die Regierung mit den Centrumsführern und sonach mit dem ge- samten Centrum umspringt, dann ist den Leuten wahrlich nicht zu helfen. In der Budget- kommission des Reichstags hat sich das Centrum der Regierung allerunterthänigst zu Füßen ge- worfen. Es hat die Marine-Vorlage (man kann noch dagegen sagen, was man will) in der Hauptsache unter Dach und Fach bringen lassen. Kurz, das Centrum hat getanzt, wie die Regierung gefordert hat. Das spielte sich in den letzten Tagen im Verlaufe des Reichstages ab, und im preussischen Landtage? Hier hat das Centrum zur selben Zeit von der Re- gierung einen Rausenüber bekommen, so sehr, wie wir ihn zwar dieser Schacherpartei gönnen, wie ihn das Centrum indessen so leicht nicht zu verschmerzen wieder einmal vorgibt. Im Landtage kamen die alten Paritätsklagen des Centrums wieder zur Sprache. Man beklagte sich, daß seitens der maß- gebenden Behörde die protestantischen Klagen re- denjenigen katholischen Glaubens vorgezogen wür- den. Kultusminister Dr. Boffe antwortete, daß von einer Bevorzugung gar keine Rede sein könne, im „Interesse des konfessionellen Friedens“ sei der Vor- wurf des Centrums zurückzuweisen. Hei! wie nun wieder die Centrumsheiden wild werden! Man lese nur einmal die neuesten Wuthergüsse des Centrums gegen die Regierung! Gestern noch Arm in Arm mit ihr in Begeisterung für die Marinevorlage; gestern noch ein Siegessturm der Centrums- wörter über die Erfolge, die der neueste „nationale Kurs“ des Centrumschiffes zeitigen werde. Und heute schon der Ragenjammer dieser selbigen Centrumsheiden! Das „Volks- blatt“ bringt einen gehässigen Letter gegen Herrn Minister Boffe. Es zählt der Reihe nach auf, wie die Rechte der Katholiken in Vemache, in Eisen, in Kaiserswerth, von der Regierung stark ge- schmälert würden. Mit Nichtachtung auf die Protestanten habe man eine Niederlassung zur Ausbildung von katholischen Missionaren nicht gestattet. Im Eisen hat der protestantische Kultusminister die Franziskaner- Pater zum Beichtvater für überflüssig erachtet, obwohl Herr Boffe selber von der Beichte nichts ver- steht. In Kaiserswerth dürfen die katholischen Schwestern andersgläubige Kinder in die Verwah- rung nicht aufnehmen — die protestantischen Schwestern aber dürfen es! Das Jesuiten- geschrey erregt fortwährend den tiefsten Schmerz und die gerechte Entrüstung der Katholiken. Aber Herr Dr. Boffe rührt keine Hand, um diesen Pfahl aus unserm Fleische herauszu ziehen. Den Herren Protestanten macht ja die Verfolgung der Jesuiten Freude; diese Herren würden sehr em- pfindlich werden, wenn man den Jesuiten dieselbe Freiheit gestatten wollte, die alle guten und sogar die schlechten Staatsbürger schon ge- nießen.“

So kämpft heute das „Volksblatt“, dasselbe Blatt einer Partei, von der man mit Bezug auf die Marine-Vorlage mit Recht behaupten kann, daß sie Regierungspartei geworden sei! Nun ein Wort an die Katholiken! Denken Sie denn gar nicht, welch' kindliches Spiel diese Wortführer des Centrums spielen? Sieht man denn gar nicht ein, daß das Centrum der Re- gierung gegenüber immer und immer wie- der den Dummten, den Geleitmen spielt? Schon vor 2 Monaten schrieben wir darüber. Vergleichen! Das Centrum hat sich seitdem mit Haut und Haaren der Regierung verschrieben, aber nur, um heute auf dieselbe Regierung los- zukommen zu müssen! Man muß angesichts solcher Thatfache wirklich überlegen, wo denn das Ueber- gewicht ist: 1. bei der Kurzichtigkeit der Centrums- wähler, daß sie dies Geleitwerden von Seiten der Regierung immer noch nicht begreifen, oder 2. bei der Dummheit der Centrumsführer, daß sie trotz fort- währenden Weins immer wieder aufs Neue der Regierung die Hand küssen und thun, was sie haben will!

Wir wollen auf die Paritätsklagen des Centrums nicht weiter weiter eingehen. Nur das gerechte Klagen über das Jesuitengeschrey wollen wir noch ein- mal berühren. Die Jesuiten sind die erbittertesten

Feinde der Sozialdemokraten, das wissen wir. Aber wir halten das Jesuitengeschrey, durch welches deutsche Geistesleute des Landes verwiesen werden, für einen Fleck in unserer Kulturgeschichte, dessen sich jeder richtig denkende Deutsche schämen muß! Klauern und Zwigsbuben, den größten Schanden verhältet man, im deutschen Lande zu verweilen. Man sperrt sie zwar ein, wenn sie Böses gethan, dann aber dürfen diese Kerle frei umherwandeln. Wir plaidiren, indem wir dieses anführen, gewiß nicht für eine Deportation der Verbrecher. Wir müssen, daß nur gute Erziehung gute Menschen schafft, und daß die meisten Verbrecher Opfer ihrer Mindererziehung sind. Wir Sozialdemo- kraten verlangen ebenso sehr, daß man auch geistliche Herren, denen in ihrer Ehrenhaftigkeit nichts nachzu- sagen ist und die ein Recht haben als Deutsche, in den deutschen Ländern ihres Amtes zu walten wie Jeder- mann, ungehindert in der Heimath weilen lasse, ob- zwar wir Sozialdemokraten wissen, daß wir als Politiker gerade mit den Jesuiten auf das schärfste aneinander gerathen müssen. Aber wir fürchten diese Herren nicht: „Gleiches Recht für Alle“, auch für unsere erbittertesten Gegner, das ist sozial- demokratische Parole.

Mögen diese Worte die Katholiken und Centrums- wähler einmal erwägen. Mögen sie einen Vergleich ziehen zwischen den Zappeln der Centrums- wörterführer, die trotz ihres Intelligenzschreies vor der Re- gierung von dieser dennoch über die Ohren gelautet werden, und mögen sie die Sozialdemokratie be- trachten, die sich mit keinem Worte dieser Re- gierung verschreibt, die aber stets und unerschütterlich die Parole ruft: diesem System der Miß- wirtschaft keinen Mann und keinen Groschen! Alles sonstige Geschwätz von der „Religionsfeindschaft“ der Sozialdemokratie möge man dann ebenfalls auf Herz und Nieren prüfen. Man wird finden, daß es Geschwätz, ja eitel Lug und Trug ist, was man in dieser Beziehung über uns hört.

Die Ortspolizeibehörden sind vom Oberpräsidenten unterrichtet worden, daß russische und galizische Arbeiter in industriellen Betrieben der Rhein- provinz nicht beschäftigt werden dürfen. Die Leute sollen nöthigenfalls ausgewiesen werden.

Am 20. Dezember v. J., Abends, sind unter eigenartigen Umständen einem Baunternehmer in der Mednagel'schen Wirtschaft, Friedrichstraße, 600 Mark in Gold abhanden gekommen, die derselbe einige Stunden zuvor von dem Agenten Denrath geliehen hatte. Die Beiden hatten einige Wirtschaften be- sucht und waren dann in die oben genannte Wirt- schaft gekommen, wo sie Billard spielten und einige Alkotria tranken, wobei der Baunternehmer seinen Rock ausgezogen und auf einen Stuhl gelegt hatte. Dann war der Agent D. nach dem Hofe gegangen und bald darauf vermisste der Baunternehmer das Geld, das er in seinen Rock gesteckt hatte. Der Denrath wurde damals des Diebstahls dringend verdächtig ver- haftet, zumal derselbe vom Hofe aus etwas in den Keller hinuntergeworfen hatte, wo dann von der Wirtin das leere Portemonnaie des Baunternehmers gefunden worden war. In der Tasche des D. wurden auch über 700 Mark in Gold gefunden, die er allerdings von seiner Schewer erhalten haben wollte. Diese Sache bildete gestern Gegenstand eingehender Verhandlung vor der hiesigen Staatsammer. Unter den Zeugen befand sich auch der katholische Pfarrer Pilt, der die eigenartige Zeugenaussage machte, daß bei ihm vor einiger Zeit eine Dame erschienen sei, die ihm 600 Mark mit dem Bemerkens übergeben habe, dies sei das dem Baunternehmer am 20. Dezember ab- handeln gelommene Geld und er möge es doch dem- selben wieder zurückerstatten. Das Gericht legte auf diese Zeugenaussage offenbar wenig Werth, und er- kannte gegen den Denrath, trotz seines entschiedenem Zeugens der That, auf 1 Jahr Gefängnis und ließ ihn sofort verhaften.

Das bekannte Kurzwaaren Engros-Geschäft von Triebel u. Altemüller ist durch Vertrag auf die Kaufleute Carl Dörmann und Otto Ruch über- gegangen, welche dasselbe unter unveränderter Firma weiterführen.

Wir wir nachträglich erfahren, ist am Montag Abend 9 u. 10 Uhr ein Mann in der Wupper unterhalb der Mörbriücke ertrunken. Derselbe kam von der Altembrücke angekommen und kämpfte ver- gänglich gegen die Wellen. Der Mann ist offenbar nur ertrunken, weil ihm nicht rechtzeitig Hilfe ge- bracht wurde, trotzdem er laut darum schrie. Am Mittwoch morgen ist nun die Leiche des jungen Element gezogen worden und hat die Polizei die Identität desselben festgestellt mit dem 20jähr. Schneider J. Zeuge, in der Ofstraße wohnhaft. Es ist noch nicht aufgeklärt, wie der Ertrunkene in das Wasser gekommen ist; er soll kurz vorher Streit mit einigen anderen Personen in einer Wirtschaft gehabt haben. Die hiesige Polizei, die sich zwar keiner großen Findig- keit bei Aufspürung von Verbrechern rühmen kann, wird dieser Sache doch wohl einige Aufmerksamkeit schenken müssen, zumal Anhaltspunkte zu weiterer Nachforschung vorliegen.

Folgende Entscheidung hat die Zivilkammer 5 des Hamburger Landgerichts getroffen. Die Polizei- behörde hatte einer Färberei die Auslieferung eines Hellameantomaten „Möhrenwäse“ im Schaufenster des Ladens untersagt. Der Inhaber der Firma hat gegen dieses seiner Meinung nach völlig unberechtigte Vorgehen der Polizeibehörde den Rechtsweg beschritten. Die Polizeibehörde wurde verurtheilt, die Strafver- fügung gegen die Firma aufzuheben und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Als prinzipielle Ent- scheidung über die Befugnisse der Polizeibehörde ist dieses Urtheil auch für weite Kreise der Gewerbe- treibenden bemerkenswerth. Aus der eingehenden Be- gründung heben wir hervor, daß das Gericht zu der Auffassung gelangt, daß niemals das Verhalten des Publikums einem Ungehörigen, in diesem Falle die Firma, zur Last gelegt werden kann. Die Firma bezweckte durch die Auslieferung der „Möhrenwäse“ nicht eine Menschenansammlung, ihr war es, wie das Urtheil ausführt, lediglich darum zu thun, durch eine allerdings eigenartige, aber durchaus erlaubte Hellame- die Vorzüglichkeit ihrer Leistungen und das Schau- fenster Passirenden ad oculos zu demonstrieren.

In Haft befanden sich in verfloßener Nacht 9 Personen wegen Diebstahls bezw. Betrug, Unfug und Obdachlosigkeit.

Wegen eines Sittlichkeitsverbrechens wurde ein Fabrikarbeiter in Haft genommen.

Diebstahl. Aus dem Hause Schloßbleicher- straße 16 sind am 8. d. M. ein vergoldetes Medaillon, inwendig mit rothgelbem Futter, sowie acht Mark bares Geld von unbekannter Person entwendet worden.

p. Varmen, 10. März. Zur besseren Sammlung der sonst feindlichen Brüder zu den bevorstehenden

Reichstagswahlen, vornehmlich zur Gewinnung der Stimmen der katholischen Arbeiter tummelt die „Reichs- deutsche Jg.“ in geistiger Ausgabe wieder munter den Kulturkampfsgaul. Die Rede des Abg. Febr. v. Mettenberg-Wehrum — o jorum — hat es dem Kulturkampforgan angethan und das „evangelische Gewissen“ wurde „gegen die Annahmen Roms“ wieder einmal gehäckt. Zu diesem Zweck hebt die Reichsdeutsche besonders die Stellen der Rede im Druck hervor, die pointirt erscheinen sollen. Da ist von „konfessioneller Hege“ gegen die „Muster religiöser Duldsamkeit“ die Rede; „katholisch“ darf „nicht zum Trampf gemacht werden“ und die „religiösen Ge- sellschaften“ die sich den Namen von Kirchen anmake- den, die vom Geiste des Teufels getrieben werden und in den verderblichen Irthümern stehen.“ Das sind so einige Stöblischen des Artikels, der jetzt zur höheren Ehre der Bundesbrüderschaft mit den Katholiken von dem Kulturkampforgan veröffentlicht werden. Da- zwischen heißt es dann auch allerdings: „Das wollen wir nicht und das mißbilligen wir“, aber warum sagt man es denn und warum drückt man es denn? — Am Freitag hält der Freisinnigkeitsverein in Varmen im ev. Vereinssaal eine Generalversammlung ab, in welcher als Gegenstand der Berathung die nächste Reichstagswahl steht. Da können ja die Kulturkämpfer das hohe Lied von der Bundes- brüderschaft mit dem Centrum im hohen o anstimmen und das „Wuppertaler Volksblatt“ misamt der „legalen Vertretung der Centrumpartei“ schlägt den Brummhals dazu! —

In der Werkstraße entgleiste gestern Mittag an der Gasfabrik ein Straßenbahnwagen. Da der Wagen vollständig aus dem Geleise gesprungen war, forschte es lange Zeit und viele Mühe, denselben wieder flott zu machen.

Der Barmer Bankverein ist jetzt mit dem Gladbacher Bankverein Luud u. Co. verschmolzen und wird letztere als Filiale weitergeführt. Die bisherigen Geschäftsführer, Fritz Baulch, Commerzienrath Luud und Commerzienrath Croon, treten in den Aufsichtsrath des Barmer Bankvereins ein. Direktor der Gladbacher Filiale wird der Bankier Carl Cuthbert.

Ueber das Vermögen des Vren- und Spitzen- fabrikanten August Biller, B. Wishinghausen, ist das Konkursverfahren eröffnet worden.

Die neue Oberzastelle des Kaufhauses ist gestern durch Beschluß der Stadtverordneten in ge- heimer Sitzung Herrn Dr. Koll aus Würzburg über- tragen worden.

Provinzielles.

Remscheid, 9. März. Vom Unglück schwer heim- gesucht worden ist der Arbeiter Böcher von hier, der vor einigen Wochen in der Tillmann'schen Wellblech- fabrik durch heiße Wasserdämpfe erheblich verbrannt wurde, wobei namentlich die Augen schwer gelitten hatten. Er mußte in eine Augenklinik überführt werden, doch war die Erhaltung der Augen nicht möglich und ist derselbe nun völlig erblindet. Der Unglückliche ist verheirathet und Vater von 4 Kindern, die alle noch im ju- gen Alter stehen.

Remscheid, 8. d. Eine weitere Zersplitterung der Krankenkassen wi- ch die Straßenbahn beab- sichtigt, indem dieselbe ihr Personal eine eigene Kasse gründen will. Daß die ganze Geschichte ledig- lich eine Schädigung der Arbeiter bedeutet, scheint den tonangebenden Herren bei der Bahn sehr gleich- gültig zu sein, wenn die nur ihre Kasse befriedigt haben.

Berlin, 10. März. Das Bürgermeisterrath er- läßt auf Grund der bestehenden Gehehe eine Polizei- verordnung, wonach in Fabriken u. Dampfseifen- Nebelböhren zur Anfridung der Arbeit und Bauen, Stist- und Nietmaschinen, Erhauftern und Schewer- fäher, sowie deren Betrieb mit der Nachbarschaft fährdend dem Geräusch verbunden ist, nicht benutzt werden dürfen. Es ist ja zu begreifen, daß auf die An- wohner solcher Fabriken Rücksicht genommen wird, aber noch mehr Rücksicht muß auf die Gesundheit der Arbeiter genommen werden. Die Erhauftern (Staub- aufsaugungsmaschinen) sind nun einmal mit Geräusch verbunden, überhaupt die meisten Industrie-Verord- nungen. Auch die Stist- und Nietmaschinen verur- sachen naturgemäß Geräusch; dieses verbietet, wäre gleichbedeutend mit der Forderung an Schloffer und Schmiede, das Arbeiten mit dem Hammer dranzu- geben. Und eine Dampfseife hat seinen lautenen Ton wie Lokomotivseifen und diese müssen doch auch „pfeifen“. Dann vertritt vielfach eine solche Pfeife oder Signal für die sogenannten „kleinen Leute“ die gutgehende Uhr. Was die Nebelböhren betrifft, so liege sich über deren Beileitung ja reden. Sowie die Verordnung jetzt lautet, ist sie unbedürftig, sie macht den Eindruck, als wolle man das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Verordnung soll dazu gleich nach Verkündung in Kraft treten; wie stellt man sich das eigentlich vor?

Düsseldorf, 10. März. Wir haben schon im vorigen Jahre am 4. Dezember von der Einleitung des vor 10 Jahren stattgefundenen Düsseldorf'schen Geheimbündnisprozesses berichtet. Da wir dieses Jahr die Jahrgesthener dieses Prozesses begehen, so ziemt es sich wohl, der einzelnen Episoden desselben zu ge- denken. Die Einleitung dieses Prozesses bildete bekanntlich eine hochnotpeinliche Hausdurch- suchung bei unserm Genossen Richard Heide. Damit hatte der bekannte Polizeikommissar Heinrich Tilger seine Thätigkeit begonnen; hatte er sich doch zur Auf- gabe geiegt, innerhalb Jahresfrist die Stadt Düssel- dorf, wenn auch nicht von einem Tyrannen, so doch von der Sozialdemokratie zu befreien. — Am 26. Februar 1888, einem Sonntag — den mußte man doch heiligen — fanden so an 23 Hausdurchsuchungen bei verschiedenen Parteigenossen statt. Man kann sich denken, wie tief die von Spitzeln geleitete polizeiliche Raie in Alles hineingestochen wurde, galt es doch, die vermeintlichen Fäden der „geheimen Verbindung“, die alle, wenn nicht in Rom, so doch an einem ein- gebildeten „Centralpunkt“ zusammenlaufen mußten, aufzudecken. Es genügt zu sagen, daß alles mögliche beschlagnahmt wurde. Ein Regen Papier, auf dem zufällig einmal eine r-beliebige einseitige Paß prangte, neben der vielleicht noch ein woge- oder lenkender Weisheitsspruch stand, genügte, um unter Extra- Siegel gelegt zu werden; ein solcher Regen mußte nach Ansicht der Staatsretter die wünschenswertheften Aufschlüsse über die geheime Verbindung geben. Also, es wurde fleißig konfiskirt und nachdem alles Material fein gesiegt und fündirt war, erfolgte am 10. März ein Hauptschlag. Genosse Gustav Lehmann, der Obmann der Verschworenen nach Ansicht der Polizei wurde verhaftet und in Untersuchungshaft gebracht. Von da ab wurde gründlich weiter gearbeitet, 30 Be- schlagnahmte und an 80 Zeugen wurden verhört, um ein ergiebiges Fundament für eine Anklage, für einen Prozeß in großem Styl zu liefern. — Und der

Reut., 9. März. Das Großfeuer ist noch immer nicht ganz zu Ende. Der starke Wind ent- fachte gestern um die Mittagszeit aufs neue die Gluthen, die erst nach heftigem Kampfe von der Feuerwehr wieder erstickt wurden. Immer noch wirbeln die gewaltigen Rauchmassen zum regen- schweren Himmel empor, während noch viel hundert Menschen die Unglücksstätte umfischen. Den feuer- fassen Geldschrank hat die Feuerwehr unverletzt aus den Gluthen herausgeholt. Er enthält 30.500 Mark in Wechseln und die Hauptbücher. Nichts ist den Werthlosen geblieben. Wie die Firma von Endert mittheilt, erleidet ihr Geschäft nur eine kurze Störung.

Wesel, 9. März. Bei der hiesigen Reichsbank- Nebenstelle wurde ein Zwanzig-Markstück angehalten, das aus einer Mischung von Gold und Silber besteht und einen wirklichen Werth von nur 6 bis 7 Mark hat. Das falsche Geldstück ist kühnend nach- gemacht, nur die Farbe ist etwas röthlicher wie ge- wöhnlich.

Altenessen, 9. März. Ein Mord wurde in ver- gangener Nacht hier verübt. Der Formergehilfe Wiselphig hatte seinen Meister, den Formier Frings, beschossen und war deshalb zu einer Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Diese hatte er eben abgelesen, und als er hierher zurückkehrte, wurde er von dem be- schloffenen Meister erschossen. Der Mörder, der bereits früher gefangen haben soll, er werde mit seinem Gehilfen noch abrednen, ist verhaftet.

Dortmund, 9. März. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Durch schlagende Wetter sind auf Jede Wiese-Liefbau vier Mann verlegt worden.

Vereine und Versammlungen.

R. Varmen, 9. März. In der am Sonntag bei Klostermeier von den Barmer Frauen einberufenen Frauen- und Männerversammlung hielt Gen. Haber- land einen Vortrag über: „Die Rechtfertigung der Frau und die Forderung der Sozialdemokratie“. Der Redner führte aus, daß die jetzige Gefekung die Frauen ganz rechtlos lasse. Sie seien von allen Wahlen ausgeschlossen, sowie im Vereins- und Versammlungs- recht mit Kindern und Vehlungen auf eine Stufe ge- stellt, trotzdem sie Pflichten zu erfüllen haben und unter den heutigen Verhältnissen noch schwerer zu leiden haben wie die Männer. Der größte Unterdrücker der Frauen sei seit ihrer Entfaltung bis jetzt das Christen- thum gewesen. Aber anstatt mit ihren Männern Schulter an Schulter gegen ihre Unterdrücker zu kämpfen, ließen sie Denjenigen nach, die sie mit den Freuden des Jenseits verführten. Die Wirtshäuser würden nicht eher verschwinden, bis die Frauen am politischen Leben theilnehmen können, und Schund- romane oder ähnliche Verdummungsschriften aus ihren Wohnungen verschwinden, und an deren Stelle auf- klärende Arbeiter-Vecturen und Zeitungen treten. Nach einer regen Diskussion fand die Versammlung ihren Abschluß.

k. Remscheid, 8. März. Die hiesigen Parteigenossen protestirten am Sonntag gegen den Poldadowsky'schen Erloß in einer Volksversammlung, in welcher Genosse Jbaney-Elberfeld das Referat übernommen hatte. Redner schildert die Lage der Arbeiter im Allgemeinen, die nicht in der Lage wären, ein menschenwürdiges Dasein zu führen und mit der Entlohnung der Maschinen würden ihnen Arbeit und Brot genommen. Wohl hätten die Arbeiter das Recht, nach dem § 152 der Gewerbeordnung sich zu vereinigen, um sich bessere Arbeitsbedingungen zu erringen, aber der § 153 mache durch seine Strafen dieses Recht in gewisser Hinsicht wieder illusorisch; davon sei die letzte Zeit reich an Beispielen. Jedoch die Hälfte der deutschen Arbeiter- schaft habe überhaupt noch kein Koalitionsrecht, und schon habe man wieder versucht, dem Arbeiter weitere Fesseln anzulegen. Der letzte Versuch wurde nun von Herrn Poldadowsky hinter den Kulissen ausgearbeitet in Form des bekannten Streikerlasses gegen die Ar- beiter. Würde den Wünschen dieser Herren Rechnung getragen, so wäre es für die Arbeiter-Organisationen schlimm bestellt. Die beste Antwort auf dieses Vor- gehen sei, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter ausgebaut würden, da haben wir die Gewähr, daß wir als vereinte Klasse unsere Interessen wahren können. Redner verliest eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution und empfiehlt deren allseitige Annahme. Nach dem beifälligen aufgenommenen Vortrag fand eine kurze Diskussion statt, in der hervorgehoben wurde, daß die Regierung die Interessen der Arbeiter nicht so vertritt, wie sie es thun sollte. In Berücksichtigung macht ein Genosse auf die öffentliche Metallarbeiterversammlung am nächsten Sonntag aufmerksam, welche bei Wittwe Berger, Bieringhausen, stattfindet.

Tages-Chronik.

Verona, 9. März. Heute Vormittag 11 Uhr 50 Min. wurde hier eine kurze Erdschütterung bemerkt. Der Sturm, der seit zwei Tage hier gewüthet, hat in der Provinz ernste Schäden angerichtet. In Ca- lizzola stürzte die Ringmauer ein, wobei zwei Per- sonen getödtet wurden.

London, 8. März. Nach einer bei Vonds einge- gegangener Meldung aus Macassar ist der holländi- sche Dampfer Gouveneur-General bei der Insel Sa- leijer, südlich von Celebes, ganz verloren gegangen. Sämmtliche Fahrgäste und die ganze Mannschaft wurden gerettet und in Macassar ans Land ge- fahrt.

Konstantinopel, 6. März. Nach amtlichen Be- richten sind in Balisefer durch das Erdbeben völlig zerstört worden 1490 Häuser, 14 Magazine, 2 öfent- liche Bäder, 13 Medressehs (theologische Unterrichts- anstalten) und 4 Schulen in der Stadt selbst, sowie 925 Häuser in 25 Dörfern der Umgegend. Hovb zerstört sind 1769 Häuser, 4 Moscheen und 14 Haus (Wirtshäuser). Geringe Beschädigungen erlitten 46 Häuser, 2 Moscheen, 2 Medressehs, 3 Bäder, 4 Schulen. Getödtet wurden 46 Personen, verwundet 52, außerdem sind 240 Stück Vieh getödtet. Der Gesamtschaden des Bezirks, in dem die Erdbeise übrigens noch nicht aufgehört haben, wird auf 15 bis 16 Millionen Mark geschätzt.

Depeschen und Neuere Nachrichten.

d. Berlin, 10. März. Die Erklärung der verbün- deten Regierungen über die Deckung der Flotten- vorlage wird heute in der Budget-Kommission er- folgen.

c. London, 10. März. Ein hiesiges Blatt ver- zeichnet das Gerücht, wonach die britische Flotte binnen 3-4 Tagen einen chinesischen Hafen occupiren wird (wahrscheinlich pachten!).

d. Berlin, 10. März. Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus Peking, der russische Gesandte lehnte der chinefischen Regierung eine Frist, in welcher sie sich endgültig er- klären sollte zu Auslands Forderung bezüglich Port Arthur. Diese Frist läuft morgen ab.

d. Washington, 10. März. Der Senat bewilligte 50 Mill. Dollars zur Landesverteidigung.

In allen Abtheilungen sind

Frühjahrs-Neuheiten

ausgestellt.

H. & L. Fritzsche

Wollstrasse 32, Elberfeld.

Sport-Kleider.
Saal I:
Saal II:
Saal III:
Saal IV:

Confirmanden-Anzüge.

Anzüge und Ueberzieher für Herren.

Stofflager. Vorzügliche Maßanfertigung.

Electrischer Personen-Fahrrad nach allen Räumen.

Papier-Block-Wäsche.
Legtrag. f. Herren D. 65, St. 6 Pf.
f. Knaben D. 45, St. 4 Pf.
Stieftrag. f. Herren D. 65, St. 6 Pf.
D. 75, St. 7 Pf.
Stieftrag. f. Knaben D. 40, St. 4 Pf.
Manichetten D. 55, St. 5 Pf.
Servietten I D. 50, St. 5 Pf.
II D. 80, St. 7 Pf.
III D. 100, St. 10 Pf.
Wiederverkäufer Rabatt!
Karl Kathol,
Heubach u. reform. Kirchr. Gde.
Hilale: Schwarzbadstr. 6.
Kohlen, Kartoffeln,
Brennholz und Stroh
empfehle bei Bedarf Freunden
und Parteigenossen zu den billigsten
Preisen.
Friedr. Grün,
Elberfeld, Marienstraße 19 a
Kanarienvogel mit I. und II.
I. f. u. gold. Med. präm. 3. 6 Pf. u.
höher. Zweierstraße 49 a II.

Elberfeld!

Montag den 14. März, Abends 8¹/₂ Uhr,
im Lokale des Herrn Kratz, „Wilhelmshöhe“:

Öffentliche Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. „Der neueste Angriff auf das Coalitions-Recht“!
Referent: Genosse Lehmann-Dortmund.
2. „Der Bauarbeiterhuth“!
Referent: Genosse Döbner, Stuttmann, Köln.

Um zahlreichen Besuch dieser Protest-Versammlung ersucht
Der Ausschuß der Gewerkschafts-Kommission.

NB. Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.

Sonntag, 13. März, Abends 6 Uhr,
im Lokale des Herrn Rohwinkel, Nützenbergerstr. 295:

Öffentliche Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse mit besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Reichstagswahl.
Referent: Reichstagsabg. Fr. Harm.
2. Freie Diskussion für Jedermann.

Zahlreichen Besuch erwartet
Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.

Ortskrankentaxe für das Baugewerbe.

Die Herren Vertreter der Kassenmitglieder und
Arbeitgeber werden zu einer

General-Versammlung

auf Donnerstag den 17. d. Monats, Abends 8 Uhr,
im Restaurant des Herrn Chr. Jäger, Klogbahn 28,
eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Rechnung für das Jahr 1897
2. Beschlußfassung über ev. Abänderung der
§§ 13 Abs. 1, 3, 20, 29 und 31 des
Statuts.
3. Verschiedenes.

Elberfeld, den 10. März 1898
Der Vorstand.
Carl Heinrichs.

Corset- Ausverkauf

wegen
nach Mittel-
BARMEN
Wuppertal-Str. 19.

Den ganzen Vorrath gebe zu
außergewöhnlich billigen
Preisen ab.

Als besondere Specialität:
Corsets mit unzerbrechlichen Bänderchen
und unzerbrechlichen Einlagen.

Gebrannte Kaffee's

zu
0.90, 1.00, 1.10 1.20
Markt und höher empfiehlt
Aug. Drösser, Elberfeld,
Kölnerstrasse 79.

Steinbeck-Lüntenbecker

vollkommen reiner, aus feinstem Roggen und Weiz gebrannter
Kornbrenntwein

ohne Hefenabzug.

Doppelt sorgfältig gereinigt, von allen schädlichen Bestandtheilen
befreit und wird durch langes Lagern zu einem milden, vorzüglichen
Geruch entwickelt. Hertzlich empfohlen.

Fabricirt nur 1. Qualität.

Landwirthschaftliche Steinbeck-Lüntenbecker Dampf-Korn-
brennerei

L. Dreesbeimdieke, Elberfeld.

Nur 9 bis 15 Mark
soßen hochfeine Confirmanden-Anzüge.

Herren-Anzüge 10-15 Mk., hochfein
Burschen-Anzüge 6-10 Mk., hochfein
Knaben-Anzüge, sehr stark 3-6 Mk.
Schöne starke Sonntagshose 3-5 Mk.

Bitte sich von meiner billigen Offerte zu überzeugen und
mein Schaufenster zu beachten

C. Meyer,

Elberfeld, Wilhelmstraße 14.

Bauernbutter,

reine Naturware, a Pfund 95 Pfennig
Carl Möhle, Elberfeld,
Friedrichstrasse 28.

Dicke Bohnen,

echte Hangschoten,
Gemüse und Blumen-Sämereien in
höchst keimfähiger Waare
empfiehlt

F. A. Pfarr, Elberfeld,

Mühlenstrasse 4.

Wirklicher Ausverkauf

jämmtlicher Schuhwaren für
Herren, Damen und Kinder,
zu außerordentlich billigen Preisen,
wegen Aufgabe des Ladengeschäftes.

J. W. Becker,

Elberfeld, Kölnerstrasse 35.

Bureau zur Vermittlung von Rechts-Geschäften etc.
Friedrichstr. 37, Ecke der Wilhelmstr.,
J. H. Zarnmiller,
früher Richter am Schöffengericht der Rheinisch-Westfälischen
Regierungs-Bezirks-Gewerbekammer.

empfiehlt sich unter billiger Berechnung zur Anfertigung schriftlicher
Arbeiten aller Art: Entwürfe von Gebäuden, Behörden und
Privaten, Restaurationen, Gesellen- u. Lehrlings-Verordnungen,
Verordnungen, Special-Math und Hülsen in jämmtlichen Maaßen,
Maße u. Invaliden-Verordnungen, Kassen- u. dgl. m.

In der Strafsache

gegen
den Redakteur Hermann Grunze zu Elberfeld, geboren zu
Berlin den 5. Januar 1850, Ehemann, verheirathet, vorbestraft
wegen Verleumdung durch die Presse
hat die II. Strafkammer des Königl. Landgerichts zu Elberfeld
am 27. October 1897 für Recht erkannt:

Der Angeklagte Hermann Grunze wird unter Freisprechung
von der weitergehenden Auflage wegen öffentlicher Verleumdung
1. des Oberbürgermeisters von Barmen in Barmen
2. der Königl. Staatsanwaltschaft zu Elberfeld
zu einer Gesamtschuld von vier Monaten Gefängnis verurtheilt.
Zugleich wird dem Verurtheilten die Verfügung zugewiesen, den
entsprechenden Theil dieses Urtheils auf Kosten des Verurtheilten
innerhalb sechs Wochen nach Ertheilung einer Urtheilsausfertigung
in der in Elberfeld erscheinenden Zeitung „Freie Presse“, sowie in
den Reichsblätter General-Anzeiger, in dem General-Anzeiger für
Elberfeld und Barmen, sowie in dem täglichen Anzeiger für Berg
und Markt öffentlich bekannt zu machen.

Die Befolgung dieser Verfügung hat in der „Freien Presse“ in dem-
selben Theile und mit derselben Schrift zu erfolgen, wie in Nr. 239
der Artikel „Der Oberbürgermeister von Barmen Herr von Böhlen
p. p.“ und in Nr. 240 der Artikel „Betrachtungen über weitere
legten Verleumdung“. Ferner sind alle in Besitz des Verurtheilten
Druckers, Herausgebers, Verlegers oder Buchhändlers befindlichen
sowie alle öffentlich ausgelegten Exemplare der vorbenannten
Zeitungssammlungen, soweit die oben bezeichneten Artikel in Betracht
kommen und derjenigen Theile der zur Vertheilung dieser Zeitungs-
nummern bestimmten Platten und Formen, auf welchen sich die
bezeichneten Artikel befinden, unbrauchbar zu machen.

Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last
mit Ausnahme derjenigen, welche durch das Verfahren wegen
Verleumdung des Reichsgerichtes besonders entstanden sind;
diese fallen der Staatskasse zur Last.

Vorliegende Urtheilsformel wird hiemit zur öffentlichen
Kenntniß gebracht.
Elberfeld, 21. Februar 1898.
Königliche Staatsanwaltschaft.

Velbert. Velbert.

Sonntag den 13. März 1898, Nachmittags 5 Uhr,
im Lokale des Herrn G. Sommer, „Zur Waldschänke“,
Velbert:

Große öffentliche Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

„Das Attentat auf das Coalitionsrecht“
Referent:
Reichstagsabgeordneter G. Weitz.

Freie Diskussion. Freie Diskussion.
Zahlreichen Besuch nicht entgegen

Der Einberufer.

Zur Deckung der Tageskosten wird ein Entree von 10 Pfg. erhoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zahlreiche Mitgliedschaft.

Sonntag den 13. März 1898, Nachmittags 5 Uhr,
bei Wittwe Berger, Bieringhausen:

Öffentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“.
Referent: Collegen Schaal, Bald.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.
NB. Zu dieser Versammlung werden besonders die Arbeiter
von Bieringhausen, Schüttendell, Stöcken, Morsbach, Aue, Gilden-
werth, Reinsdorf, alte Wendung u. m. eingeladen. D. D.

Ronsdorf!

Dramatischer Verein „Fidelio“.

Sonntag den 13. März, im Stollen verließen Saal:

Theatervorstellung: „Mathilde“.

Der Reinertrag ist zum Besten des Wahlfonds bestimmt.

Dr. Schellisch,
gen. Zittling,
a. Pfund 15 Pf.,
grüne Brathäringe, Wonnien-
damer Brathäringe, Kieler
Büdinge u. Sprossen empfiehlt
H. Leimbach, Hofstr. 77.

Empfehle mein
Cigarren- und Barbier-Geschäft.
Vort. Wollfratherstrasse.

Modes.

Tüchtige 2. Arbeiterin gesucht.
Rudolf Schlichting,
Neustr. 10.

Frische Naturbutter gar. rein,
10 Pf. Portisch 12. 7. 20. versend.
franco gegen Rücknahme.
H. Feldhaus, Ortelsburg, Ostpr.

Herm. Schäfer,

Tapeten- u. Wachsstock-Handlung,
Elberfeld, Klogbahn 24.

Große Auswahl in den el-
berfelder Sorten Tapeten zu
billigen Preisen; nur schönste neue
Waaren.

Specialität:

Tapeten-Beste zu Fabrikpreisen.

Stadttheater Elberfeld.

Direktion: Richard Balder.
Telephonnummer 375.

Freitag:
181. Abon.-Vorstellung. (roth B)
Serie 2 des 1. Rang-Ab.
Gastspiel Friedrich Schöthaus vom
König. Hotheater in Dresden.
Faust, von Goethe.
Vorstellung auf dem Theater.
Prolog im Himmel.
Der Tragödie erster Theil.
Anfang 7¹/₂ Uhr. Gew. Preise.

Allg. Arbeiterverein

Elberfeld.
(Section der Bauarbeiter.)
Sonntag den 13. März 1898,
vorm. 11 Uhr,
im Lokale des Herrn Keul,
große Klogbahn:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl des Vertrauens-
mannes.
2. Mittheilung.
3. Verschiedenes.

Sämmtliche Mitglieder werden
erlaubt, zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Verband der
Deutschen Buchbinder
u. verw. Berufsgenossen
Zahlreiche Barmen.

Sonntag den 12. März 1898,
Abends 8¹/₂ Uhr,
im Vereinslokal Krings, große
Hauptstrasse 15:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Zahlung der Beiträge und
Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Genossen
Hamer über: Leben und
Lebensbedingungen.
3. Verschiedenes.

Zahlreichen und pünktliches
Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Abg. Winteler
Antrag der So-
zialen Schöffen
auf eine un-
terstützte
Anfrage einver-
nehmen. Annahme
einträchtigt wer-
den. Beantwor-
tung der Commis-
sion. (Schöffenrat)
einer so tiefge-